

Bezugspreis:

Wöchentlich 10 Pfennig, monatlich 2 Reichsmark voraus zahlbar.

Der 'Vorwärts' mit der illustrierten Sonntagsbeilage 'Volk und Zeit' sowie den Beilagen 'Unterhaltung und Wissen', 'Aus der Filmwelt', 'Frauenstimme', 'Der Kinderfreund', 'Jugend-Gewandts', 'Bild in die Führerwelt' und 'Kulturarbeit' erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: 'Sozialdemokrat Berlin'

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise:

Die einseitige Nonpareille 60 Zeilen 10 Pfennig, 12 Zeilen 15 Pfennig, 24 Zeilen 25 Pfennig, 36 Zeilen 35 Pfennig, 48 Zeilen 45 Pfennig, 60 Zeilen 55 Pfennig, 72 Zeilen 65 Pfennig, 84 Zeilen 75 Pfennig, 96 Zeilen 85 Pfennig, 108 Zeilen 95 Pfennig, 120 Zeilen 1 Reichsmark.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 68, abgegeben werden.

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 292-297.

Donnerstag, den 28. Juli 1927

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3. Verlagskonto: Berlin 37 138 - Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Wallstr. 45; Diskontokonto: Diskontokasse Lindenstr. 1.

Kein Untersuchungsausschuß für Wien

Der Nationalrat fürchtet die Untersuchung der Schuld an dem Gemetzel.

Wien, 27. Juli. (Eigener Drahtbericht.)

Am Mittwoch wurde nach einer mehrstündigen Debatte die Diskussion über den blutigen Freitag zu Ende geführt. Während am Dienstag die Wiener Abgeordneten sprachen, äußerten sich am Mittwoch vor allem die Abgeordneten aus den Ländern. Die Sozialdemokraten verwiesen insbesondere auf das unerhörte und verfassungswidrige Treiben der Heimwehren. Die Debatte wurde damit beendet, daß die bürgerlichen Parteien die beiden sozialdemokratischen Entwürfe, der Regierung das Mißtrauen auszusprechen und eine Untersuchungskommission einzusetzen, ablehnten.

Der Nationalrat ist am Mittwoch noch nicht, wie man erwartet hatte, in die Ferien gegangen, sondern für Dienstag wieder einberufen worden.

Die Anteilnahme der Arbeiterpartei.

London, 27. Juli. (Eigener Bericht.)

Der Parteivorstand der britischen Arbeiterpartei hat am Mittwoch folgende Resolution gefaßt: 'Wir senden unseren österreichischen Genossen unsere tiefgefühlte Anteilnahme zu dem Verlust von braven Arbeitern, welche in Wien bei einer Demonstration gegen das ungerichtete Urteil einer Klassenrichterschaft von der Polizei getötet worden sind. Mit ihnen fühlen wir tiefe Entrüstung über die brutale Aktion der Regierungsbehörden, welche zu ersten Anrufen, zur Tötung von hundert Personen und zur Verwendung vieler anderer geführt haben.'

Zollunion für Oesterreich.

Um es vom Anschluß abzuhalten.

In den Ländern, deren Regierungen die Heimkehr Deutschösterreichs ins Deutsche Reich nicht gestatten wollen, haben die Wiener Bluttage ziemlich stark gewirkt. Man beginnt die jahrelange Berelendung der Donaurepublik

und die vollkommene Aussichtslosigkeit, diesen Kleinstaat zu wirtschaftlichem Gedeihen zu bringen, als Hauptursache der Explosion vom 15. Juli zu erkennen, für die das Schattendorfer Urteil nur der zündende Funke gewesen ist. Diese Erkenntnis hat den Anschlußgegnern in Paris die Befürchtung eingegeben, daß der Anschluß Deutschösterreich - von dem nationalen Moment ganz abgesehen - als das einzige Rettungsmittel erscheint und das Volk der verfallenen Alpenrepublik eben durch nichts von seinem Willen, ins Reich heimzukehren, abgebracht werden kann. Darum tauchen jetzt die alten Pläne einer Zollunion der Nachfolgestaaten wieder auf - als ob diese Staaten in ihrem gemeinsamen Dalles, bei den meisten verschärft durch gewaltige Heeresausgaben, nicht bisher schon genügend gezeigt hätten, daß sie auf hohe Zölle nicht verzichten wollen; einmal der Staatseinnahmen wegen, aber auch zur Hochzuchtung der eigenen Industrie, die dann wieder kräftig Steuern zahlen soll. Nur einer von den Nachfolgestaaten ist industriell genügend entwickelt und steht auch sonst so da, daß er glaubt, diese Sorgen nicht hegen zu müssen: die tschechoslowakische Republik. Wir erfahren nämlich zuverlässig, daß die Prager Regierung mit Zustimmung Frankreichs im Herbst der Wiener Regierung den Abschluß einer Zollunion vorschlagen will. Damit soll Deutschösterreich sicherer und leichter Absatz seiner Industrieprodukte und der Bezug billiger Lebensmittel verschafft, seine Wirtschaftslage gebessert - und sein Anschlußstreben gebrochen werden. Man rechnet wohl damit, daß Wien ein solches Angebot nicht gut ablehnen könne.

Aber ein Hindernis besteht auf alle Fälle: die Meistbegünstigung, die sowohl Prag als auch Wien einer ganzen Menge anderer Staaten eingeräumt haben. Diese Staaten könnten also gleichfalls Zollunion verlangen - vor allem Deutschland. Würde man Deutschland in einen solchen Zollverband einbeziehen, so hätten wir nichts dagegen zu sagen.

vollen Animosität des Bergarbeiterführers Herbert Smith, in der er erklärte, er sei keineswegs bereit, die Bergarbeiter in den Kampf zu führen. Er sei nicht gewillt, die Massen der Bergarbeiter und ihrer Familien noch einmal durch so fürchterliche und grausame Entbehrungen wie die des Vorjahres zu führen, selbst nicht um den Preis des Sturzes einer reaktionären Regierung.

Die Botschafterkonferenz 'nimmt Kenntnis'

Sie wartet noch auf die Mitteilung über die Polizeibeamtengeschäfte.

Paris, 27. Juli. (Eigener Drahtbericht.)

Die Botschafterkonferenz ist am Mittwoch am Quai d'Orsay zusammengetreten und hat von dem Bericht über die erste Zerförung der deutschen Offensivpläne Kenntnis genommen. Der Bericht ist von deutscher Seite von General v. Pawelcz, von alliierter Seite von den belgischen und französischen Militärjochverständigen unterzeichnet.

Die Blätter bemerken zu dem Verlauf der Sitzung angefaßt der Tatsache, daß der Reichstag in Ferien sei und alle Entwürfe, besonders über das Statut der deutschen Polizei, nicht verabschiedet werden konnten, könne Deutschland vorläufig noch kein endgültiger Bescheid über die vollständige Erfüllung der Abrüstungsverpflichtungen entsprechend dem Friedensvertrag von Versailles erteilt werden.

Rothermere und Benesch.

„Ein neues Elsaß-Lothringen.“

Auf das Antworttelegramm von Benesch hat Lord Rothermere ebenfalls telegraphisch geantwortet. Er lehnt Benesch's Hinweis auf die Unterdrückung der Tschechen durch die Ungarn in der Vorkriegszeit als ein unzulässiges Argument für die jetzige Behandlung der Ungarn in der Slowakei entschieden ab. Schließlich spricht er davon, daß die Engländer „ein neues Elsaß-Lothringen“ in der Tschechoslowakei „mit Entsetzen entdeckt“ hätten.

Wir haben die Ratione Rothermeres bereits gekennzeichnet. Deshalb vermögen wir uns für seine Argumente, so berechtigt sie an sich sein mögen, nicht zu erwärmen. Denn ihn interessiert nur das Schicksal der ungarischen Minderheit in der Tschechoslowakei. Das gleiche Schicksal der 3 1/2 Millionen Sudetendeutschen läßt ihn taub. Ein so einseitiger Gerechtigkeitsdrang verdient nicht ernst genommen zu werden.

Im Chorzow-Streit um den Schadenersatz Polens für die Enteignung der bekannten ostoberschlesischen Städtewerke hat der Saager Gerichtshof mit 10 gegen 3 Stimmen den polnischen Einwand der Unzuständigkeit abgewiesen und sich für entscheidend befunden.

Russische Kommunistische Partei.

Berechte Zahlen.

Neulich hat der Vorstand der russischen Kommunistischen Partei statistische Angaben über den Mitgliederbestand der Partei veröffentlicht. Danach ist die Zahl der Kommunisten in der UdSSR., die Anfang 1926 1 078 185 betragen hat, am 1. Januar 1927 auf 1 210 954 gestiegen. Die herrschende Partei umfaßt also gegenwärtig etwas mehr als 1 Proz. der erwachsenen Bevölkerung des Landes.

Nach ihrer sozialen Lage werden die Mitglieder der Partei in drei Hauptgruppen eingeteilt: 1. Arbeiter, 2. Bauern, 3. Beamte, Angestellte und andere. Wie es einer Arbeiterpartei gebührt, ist die erste Gruppe die zahlreichste. Es waren in der Partei:

Table with 3 columns: Category, 1. Januar 1926, 1. Januar 1927. Rows: Arbeiter (582 300 to 694 900), Bauern (246 800 to 297 400), Beamte, Angestellte u. andere (249 085 to 278 654).

Die 'Arbeiter' der RKP. werden jedoch weiter in zwei Klassen eingeteilt: a) 'Arbeiter an der Wertbank', und b) 'Arbeiter nicht an der Wertbank'. Zu den ersteren werden jene Mitglieder der Partei gerechnet, die in die Belegschaftslisten eines Industrie-, Handels- oder Verkehrsbetriebes oder eines staatlichen Instituts eingetragen sind. Es ist also nicht erforderlich, daß der entsprechende Betrieb wirklich Wertbänke besitzt: ein Chauffeur einer Bank oder ein Heizer eines Krankenhauses wird als 'Arbeiter an der Wertbank' angesehen, auch wenn er nie in seinem Leben an einer Wertbank gestanden hat. Es genügt, daß er in einer Belegschaftsliste eingetragen ist. Ebenso werden die kommunistischen 'Bauern' eingeteilt: es wird zwischen den 'Bauern am Pflug', die wirkliche Bauern sind, und 'Bauern nicht am Pflug' unterschieden.

Mit dieser Ergänzung sieht der Mitgliederbestand der RKP. folgendermaßen aus:

Table with 3 columns: Category, 1. Januar 1926, 1. Januar 1927. Rows: Arbeiter an der Wertbank (409 400 to 430 300), Bauern am Pflug (114 600 to 131 900), Arbeiter nicht an der Wertbank (172 900 to 204 800), Bauern nicht am Pflug (132 200 to 165 500), Beamte und andere (245 005 to 278 654).

Die 'Arbeiter an der Wertbank' machen also etwa 30 Proz. des Bestandes der Arbeiterpartei, die den 'Arbeiterstaat' registriert und etwa 8 Proz. der Arbeiterschaft der Union aus. Was aber die kommunistischen Bauern anbetrifft, so gehören sie in der Mehrzahl nicht zur Gruppe, die mit dem Pflug etwas zu tun hat.

Was sind aber eigentlich diese 'Arbeiter' und 'Bauern', die weder an der Wertbank zu arbeiten, noch den Boden zu bebauen brauchen? Es sind Personen, die aus der Arbeiterklasse bzw. aus dem Bauernum stammen, die aber ihrer Klasse, sowie ihrer bisherigen Arbeit entsagt haben, um ein leichteres und besseres Dasein, das ihrem Ehrgeiz entspricht, zu suchen.

Die Statistik der Bewegung des Mitgliederbestandes der Partei zeigt, wie diese Leute ihr Ziel erreichen.

Im Jahre 1926 wurden in die RKP. 70 900 'Arbeiter an der Wertbank' neu aufgenommen und 23 700 traten teils aus und wurden teils ausgeschlossen. Der Zugang in dieser Gruppe müßte demnach 47 200 betragen, er betrug aber bloß 20 900. Es wurden im Laufe desselben Jahres in die Partei 41 800 'Bauern am Pflug' neu aufgenommen, 4800 sind ausgeschieden, der Zugang müßte also 37 000 betragen, er betrug aber 17 300. Wo blieben denn die fehlenden 26 300 kommunistischen 'Arbeiter an der Wertbank' und 19 700 'Bauern am Pflug'? Sie haben von ihren Wertbänken und Pflügen Abschied genommen und sich in Staatsbeamte verwandelt.

Eigentlich fängt diese Verwandlung früher an, als sie statistisch erfaßt werden kann. Ein kommunistischer 'Arbeiter an der Wertbank' braucht nicht immer wie seine Berufsgenossen zu arbeiten und kann dieses auch nicht. Als Mitglied der herrschenden Partei ist er vielmehr mit der Ueberwachung seiner Kollegen und der Fabrikleitung beauftragt. Er braucht nicht durchaus ein Spieß zu sein, er ist aber verpflichtet, die Stimmung der Belegschaft zu prüfen, die antikomunistischen Elemente zu enthüllen, seine Vorgesetzten bei der Unterdrückung der Streikbewegungen und bei der Durchführung der Wahlen zu unterstützen, er hat in verschiedenen Ausschüssen zu tagen, verschiedenste Ausweise und Berichte zu unterzeichnen. Es ist eine harte Aufgabe, und nicht alle sind ihr gewachsen - auch werden nicht alle Arbeiter in die Partei aufgenommen. Diejenigen aber, die ihre Mitgliedstärke erhalten haben, sind nicht weiter einfache Arbeiter, wie ihre parteilosen Kollegen: mit dieser Stunde werden sie kommunistische 'Arbeiter an der Wertbank'. Sie bleiben noch in den Belegschaftslisten der entsprechenden Betriebe, dieses ist aber wohl das einzige Band, das sie noch mit ihrer Klasse verbindet. Und meistens streben sie dieses Band los zu werden. Hier entsteht ein eigenartiger Kampf zwischen der Partei und ihren neuen Mitgliedern: die Partei will in ihren Reihen

Der Endkampf um die Kreuzer.

England besteht auf der Ueberlegenheit in kleinen Kreuzern.

London, 27. Juli. (Eigener Bericht.)

Die britischen Delegierten auf der See-Abrüstungskonferenz, Bridgeman und Lord Cecil, haben die Rückreise nach Genf angetreten. Ueber seine Auffassung der Lage befragt, stellte Lord Cecil fest, er betrachte die Situation in Genf als unzulässig kritisch - eine Bemerkung, die in scharfem Kontrast zu seinen optimistischen Äußerungen bei seiner Ankunft in London steht.

In London verlautet, daß sich als Resultat der zahlreichen Kabinettsbesprechungen der letzten Tage die endgültigen britischen Vorschläge wie folgt darstellen: 1. Die Anzahl der schweren 10 000-Tonnen-Kreuzer soll beschränkt werden; Beibehaltung der gleichen Anzahl von Kreuzern dieser Kategorie in England und Amerika; 2. keine Beschränkung der Anzahl der leichten Kreuzer; Freiheit, sowohl leichte Kreuzer zu bauen, als der Küstenbewachungs- und Patrouillendienst und der Schutz der Handelsflottenlinien erfordert.

Im Unterhaus gab Sir Austen Chamberlain auf eine Frage des Abgeordneten der Arbeiterpartei, Clynnes, eine Erklärung zur See-Abrüstungskonferenz ab, in welcher er betonte, der kleine-Kreuzer-Typ stelle bei der geographischen Lage des britischen Weltreiches eine Lebensnotwendigkeit dar. Nach Auffassung der Regierung dürften keine Schwierigkeiten darin bestehen, zu einer provisorischen Lösung in der Frage des Kreuzerbaues zu kommen. Großbritannien könne jedoch einer solchen Abmachung nicht den Anschein einer definitiven grundsätzlichen Lösung geben, welche als Präzedenzfall betrachtet werden könnte. Jedes andere Vorgehen würde in Zukunft als eine Aufgabe der maritimen Gleichheit durch das britische Reich aufgefaßt werden.

Bergarbeiter und Gewerkschaftsgesetz.

Ablehnung eines neuen Streiks.

London, 27. Juli. (Eigener Bericht.)

Der Verbandstag der britischen Bergarbeiter nahm einstimmig eine Resolution an, in welcher das Gewerkschaftsgesetz der Regierung als eine reaktionäre, gegen die Freiheit des Volkes gerichtete Maßnahme aufs schärfste verdammt wird.

Der Annahme der Resolution ging eine lebhafte Debatte voraus, in welcher das kommunistische Mitglied der Bergarbeiter-Exekutivkommission, Haggan, die Notwendigkeit eines Generalstreiks propagierte. Die Rede Hornes' führte zu einer überaus temperament-

möglichst viel „Arbeiter an der Werkbank“ behalten, diese wollen aber möglichst schnell „Arbeiter nicht an der Werkbank“ werden, d. h. zum höheren Grad des kommunistischen Adels emporkriechen.

Im Jahre 1926 wurden auf diese Weise 26 300 Arbeiter und 19 700 Bauern befördert. Personen, die dank ihrer Zugehörigkeit zur Partei auf höhere Stufen der sozialen Leiter steigen, werden im Sowjetrußland „Bodwischensz“ (Emporgelobene) genannt. Die Zusammenfassung des letzten Sowjetkongresses zeigt, welche große Rolle sie in der Sowjetbureaucratie spielen und wie durch sie wirkliche Arbeiter und Bauern ersetzt und verdrängt werden. Unter den 2348 Delegierten des Kongresses waren ganze 225 Bauern und 258 Arbeiter (nach Belegschaftslisten), die übrigen 1865 waren Beamte, Angestellte und Parteiwürdenträger. Die Mehrheit unter diesen stellten ehemalige Arbeiter (35,4 Proz. der Kongreßmitglieder) sowie ehemalige Bauern (13,9 Proz.) dar; das Sowjetssystem hat sie ihrer Klasse entzogen, zur Herrschaft emporgehoben, ihren ehemaligen Klassengenossen als neuen Adel gegenübergestellt.

So zeigen die Zahlen, wie wenig die K.A.P. einer Arbeiterpartei ähnelt, die aus wirklichen Arbeitern besteht, und wie wenig die Ud.S.S.R. ein Arbeiterstaat ist, wo der Arbeiter keine Gründe hätte, danach zu streben, die Reihen seiner Klasse zu verlassen. W.

Zentrum und Reichsbanner.

Falsche Hoffnungen der Reaktion.

Die in der letzten Zeit über die Führung des Reichsbanners in den Reihen des Zentrums und teilweise auch bei den Demokraten aufgetauchten Meinungsverschiedenheiten werden Anfang August Gegenstand einer Aussprache im Bundesausschuß des Reichsbanners sein. Die Sitzung hat den Zweck, durch kameradschaftliche Fühlungnahme einen Weg zu finden, um für die Zukunft ähnliche Meinungsverschiedenheiten zu verhindern. An den Besprechungen, zu denen Bundespräsident Hörning einladen wird, werden sich auch die führenden Persönlichkeiten des Zentrums im Reichsbanner beteiligen.

Aus dieser letzten Tatsache ergibt sich, daß die maßgebenden Persönlichkeiten des Zentrums im Reichsbanner ebenso wie Bundespräsident Hörning bestrebt sind, die entstandenen Meinungsverschiedenheiten zu überwinden. Das dürfte auch in der für Donnerstag vorgesehenen Sitzung der Zentrumsmitglieder im Reichsausschuß des Reichsbanners zum Ausdruck kommen. Man dürfte sich hier damit begnügen, die Situation durchzusprechen, ohne Beschlüsse zu fassen, um zunächst die kommende Tagung in Magdeburg abzuwarten.

Die Artikel des „Badischen Beobachters“ und der „Kölnischen Volkszeitung“ gegen das Reichsbanner sind reine Privatarbeiten dieser Blätter. Ihnen stehen sämtliche Zentrumsmitglieder des Reichsausschusses fern. Das gilt insbesondere auch von dem Reichsfinanzminister Dr. Köhler, der nach wie vor dem Reichsbanner angehört. Köhler denkt — wie aus seiner Umgebung ausdrücklich versichert wird — gar nicht daran, einem Druck zum Austritt aus dem Reichsbanner nachzugeben. Er beabsichtigt vielmehr, falls in offiziellen Zentrumsstellen irgendwo ernsthaft der Blick auf korporativen Austritt laut werden sollte, dem entschieden entgegenzutreten. Auch Marx wünscht — wie dem Sozialdemokratischen Pressebüro aus maßgebenden Zentrumsstellen mitgeteilt wird —, daß sein Austritt als eine rein persönliche Angelegenheit betrachtet wird. Er will nicht, daß daraus Schlussfolgerungen für die Gesamtpartei gezogen werden. Das hat er den leitenden Stellen des Zentrums in Berlin ausdrücklich wissen lassen.

Der Wille zu kameradschaftlichem Ausgleich und zu

schneller Ueberwindung der Meinungsverschiedenheiten besteht demnach in allen dem Reichsbanner angehörenden Parteien.

„Das Zentrum muß beim Reichsbanner bleiben.“

Frankfurt am Main, 27. Juli.

Die „Rhein-Mainische Volkszeitung“, das in Frankfurt am Main erscheinende Zentrumsorgan, schreibt:

„Es will uns scheinen, daß die verantwortlichen Führer der Partei allzu leichtfertig den deutschnationalen Koalitionen zugefallen haben, und daß sie sich, wie das der Fall Hörning ganz deutlich beweist, tatsächlich in eine Situation hineinmandrieren ließen, aus der der Ausweg nur schwer gefunden werden kann. Weder ist diese Situation durch den Austritt des Reichszentrums aus dem Reichsbanner kompliziert worden. Wir bedauern den Schritt des Reichszentrums sowohl im Interesse der Sache als auch im Interesse seiner Person außerordentlich. Wilhelm Marx führt sich heute als der politische Sachwalter der Koalition des Zentrums mit den Rechtsparteien. Er hat die Führung dieser Koalition sicher nicht aus innerem Antrieb, sondern nur aus Pflichtgefühl übernommen. Dieses, nach unserer Auffassung etwas übertriebene Pflichtgefühl ließ ihn wiederholt bei seinen Handlungen in den letzten Monaten über dem Reichszentrum der Rechtsregierung den Führer der großen Masse ihrer Anhänger republikanisch und sozial gerichteten Zentrumsparteien und damit auch die Vergangenheit des Politikers Wilhelm Marx vergessen.“

In dem Augenblick, da er den Entschluß faßte, aus dem Reichsbanner auszutreten, hat er sicher nicht an die 13 Millionen deutscher Männer und Frauen gedacht, die ihm bei der letzten Reichspräsidentenwahl ihre Stimme gaben. Er hat auch sicherlich nicht an die verhängnisvollen Sorgen gedacht, die schon der Tatsache entspringen können, daß die 6 Millionen sozialdemokratischen Wähler, die bei dieser Reichspräsidentenwahl den katholischen Zentrumskandidaten des Volksblocks wählten, sich nun aufs neue maßlos enttäuscht fühlen werden. Es muß unter allen Umständen schon in den nächsten Tagen dafür gesorgt werden, daß der Austritt des Reichszentrums aus dem Reichsbanner nicht die Folge hat, zu denen sich die Rechtspresse als zu einem besonderen Erfolg ihrer schlauen Taktik bereits beglückwünschen zu dürfen glaubt. Das Zentrum muß beim Reichsbanner bleiben. Einer der letzten Fäden, die die republikanischen Parteien noch fest zu verbinden mögen, darf nicht abgerissen werden. Die dem Zentrum angehörenden Mitglieder des Reichsbanners sind Manns genug, sich innerhalb ihrer Organisation auch durchzusetzen. Die politischen Gründe, die Wilhelm Marx seinerzeit bewegen haben, trotz der Bedenken, die im eigenen Lager laut wurden, dem Reichsbanner beizutreten, haben durch seinen Austritt ihr Gewicht nicht verloren. Sie haben nach unserer Ansicht gerade durch die Enttarnung der letzten Monate sogar an Bedeutung gewonnen.“

Marx, der Hilfslose.

Hat er Hörnings Aufruf überhaupt gelesen?

Reichszentrum Wilhelm Marx hat keinen Austritt aus dem Reichsbanner hauptsächlich damit begründet, daß die Kundgebung Hörnings an den österreichischen Schutzbund „eine unberechtigte Einmischung in die politischen Verhältnisse des befreundeten Oesterreichs und eine schwere Herabsetzung und Beleidigung der Bundesregierung“ enthalte. „Unberechtigte Einmischung“? Damit hat wohl der derzeitige Reichszentrum mit besonderem Nachdruck unterstreichen wollen, daß Oesterreich für uns Ausland ist. Das ist formell richtig. Das ist der Standpunkt der siegreichen Entente, der Standpunkt der Friedenspolitik von Versailles und St. Germain. Die überwiegende Mehrheit des deutschen Volkes beiderseits der politischen Grenzen empfindet diesen Standpunkt als eine Unrechtmäßigkeit, als eine Vergewaltigung. Immer wieder erklären die Oesterreicher, die in unserer Mitte weilen, sie fühlen sich nicht als Ausländer, und es wird ihnen von uns versichert, sie seien in der Tat bei uns zu Hause.

Eine Arbeiter-Gartenstadt bei Paris.

Von Karl Reber, Paris.

Suresnes ist eine kleine Ortschaft im Westen von Paris und durch den riesigen Bois de Boulogne von der Großstadt getrennt. Noch vor zwei Jahren war das Plateau von La Frouille in Suresnes, von wo man eine wunderbare Aussicht genießt, ein kahles Gelände, wo einige armelige Bäumchen verdorrten; eine große Wüste, wo Schutz- und Mülhäufen nicht fehlten. Heute erhebt sich da eine neue kleine Stadt, eine Arbeiterstadt.

Wie wurde dieses Kunststück zumege gebracht? Ich ging den Genossen Henri Sellier, Bürgermeister von Suresnes, der vor einigen Tagen zum Präsidenten des „Conseil Général“ von Paris und Seine gewählt worden war, darüber befragen. Härtig, mit befehlenden Augen hinter den Brillengläsern, lebhaft und immer lächelnd, empfing mich Henri Sellier mit herzlichster Freude.

„Ja“, meint er, „in Deutschland und Oesterreich hat man auf diesem Gebiet großes geleistet und bevor wir unseren Plan angelegt haben, sind wir viel gereist. Ich war in Deutschland, Oesterreich und England. Ich habe gesehen, was unsere Genossen im Ausland verwirklicht haben und ich habe mir geschworen, hier genau so Gutes und Nützliches ins Leben zu rufen. Wir haben uns hier, eine kleine Gruppe von Genossen, sofort an die Arbeit gemacht und die Sache ging rasch vorwärts. Vor zwei Jahren war das Plateau von Suresnes eine Wüste, heute ist es eine kleine Stadt mit 2000 Einwohnern und in einigen Jahren hoffen wir 10 000 bis 12 000 Einwohner zu haben. Wollen Sie mit mir einen Rundgang machen?“

Genosse Sellier, der auch Sekretär der Vereinigung für billiges Wohnwesen des Departements de la Seine ist, führt mich durch die neue Arbeiterstadt, ein wahres Kleinod von Reinlichkeit und Hygiene.

Es gibt hier ungefähr 15 große vierstöckige Wohnhäuser, mehrere kleine Häuser mit zwei oder drei Wohnungen, und man baut und baut immer weiter. Genosse Sellier erklärt mir, daß je kinderreicher eine Familie ist, je desto mehr Platz bekommt, und die Miete mit der Anzahl der Kinder geringer wird. Die höchste Miete ist 1100 Franken, die niedrigste 550 Franken jährlich. (In der Umgebung von Paris ist die Durchschnittsmiete für eine Wohnung mit drei Räumen gewöhnlich 4000 bis 5000 Franken im Jahr.)

„Wieviel hat die Anlage der Häuser gekostet?“

„10 Millionen Franken. Es bleiben uns noch 49 Hektar freier Baugrund, den wir mit 7 Franken per Quadratmeter gekauft haben und der jetzt 80 Franken wert ist. Bedenken Sie die günstige Lage unserer kleinen Stadt. Der riesige Kuppel von Saint-Cloud sichert uns ein ungeheures Luftreservoir, das man uns nicht nehmen kann.“

Wir legen den Weg fort. Plötzlich fällt mir etwas ein: „Sagen Sie, Genosse, was geschieht, wenn ein Arbeiter wegen Arbeitslosigkeit oder Krankheit keine Miete nicht zahlen kann?“

„Wir haben dafür vorgesorgt. Für alles ist vorgesorgt. Es besteht eine Art Mieterversicherung, die „Mutuelle des Locataires“, welche ein Prozent der Miete erhält. Und kann ein Arbeiter seine Miete nicht zahlen, so wird sie aus dieser Kasse bezahlt.“

„Wem gehören alle diese kleinen Gärten bei den Häusern?“

„Den Arbeitern, den Mietern. Jeder hat ein kleines Stück

Boden, das wir ihm für 5 Centimes pro Quadratmeter vermieten. Sehen Sie dort drüben die große Wiese? Dort wird sich bald ein riesiger Fußball- und ein Sportplatz ausbreiten. Viel Raum, viel Luft und kein Gedränge von Häusern und Menschen, das ist unser Ziel.“

Wir gehen weiter. Bald stehen wir vor einem monumentalen Gebäude, die Schule. Wir treten ein, durchqueren das ganze Haus und gelangen auf der anderen Seite wieder ins Freie. Keine Mauer umfriedet das Haus; Kinder sind keine Gefangenen. Man muß ihnen stets das Gefühl lassen, daß sie frei sind, frei alles zu tun, was sie wollen. Ungefähr 500 Kinder spielen da in der Sonne, zwischen den Bäumen und auf den Wiesen hinter dem Schulhaus. Die Kinder, die da um mich herumlaufen, hüpfen, lärmern, haben junge, frische, lockende, oft recht lecke Gesichter. Das leidet, regt sich, wimmelt. Wir steigen in die Stockwerke hinauf, und treten in die Klassen ein. Alles hell, lustig, rein, dazu angehen, die Schule zu einem Lieblingsort der Kinder zu gestalten. Die Möbel sind schick, blau, Puppen liegen auf den Bänken herum, Kanarienvogel gibt es in Käfigen, Goldfische in Gläsern. Und Blumen, überall Blumen! Die Kinder selbst pflegen sie.

„Einheitsschule?“

„Gewiß! Während man darüber im Parlament diskutiert, Kommissionen ernannt, Reden hält, verwirrtlichen wir hier die Einheitsschule, ohne viel Lärm zu machen. Hier ist die Krippe für die Säuglinge und Kleinen von 1 bis 3 Jahren. Hier die Badefläche, Duschen, Turnhalle uvm.“

Dann führt mich Genosse Sellier zu einer zweiten Gruppe von Schulhäusern. „Diese Anlage ist in ungläublich rascher Zeit aus der Erde gewachsen und hat 7 Millionen Franken gekostet. Kindergärten, Knaben- und Mädchenschulen, Bürgerschulen, Lehrerseminare. Alles ist jetzt schon für die Bedürfnisse einer Bevölkerung in zwanzig Jahren vorhergesehen.“

„Und wo nimmt die Bevölkerung ihre Nahrungsmittel her?“

„Der Bund der Genossenschaften liefert die Milch, das Brot, die Kolonialwaren, kurz alles, was eine Familie zum Leben braucht. Auf diese Weise wird das Genossenschaftswesen entwickelt.“

In der Ferne brodelt und raucht Paris und verschwindet im Dunst. Blau zeichnet sich im Hintergrund der Eiffelturm ab. Wie frei atmet man hier!

„Den Familien gesunde billige Wohnungen in einer gesunden Gegend geben, ihnen die Zukunft sichern und sich sonst um nichts kümmern, das ist meine Philosophie.“ schließt Genosse Sellier.

Das klingt bescheiden, ist aber ungeheuer viel.

Da Sellier jetzt zum Präsidenten des „Conseil Général“ ernannt wurde, ist zu hoffen, daß sein Plan, einen Gürtel von Arbeiter-Gartenstädten um ganz Paris herum anzulegen, in kürzester Zeit verwirklicht werden wird. Die Vororte sollen an Paris angegliedert und die Ufergrundbahn bis hinaus geführt werden. Dies bedeutet eine Entlastung der Großstadt und sichert den Arbeitern gesunde, sonnige, staubfreie Wohnungen.

Der König der Bananen. Professor Luigi Orsenigo, der im Auftrag einer italienischen landwirtschaftlichen Zeitung eine Studienreise durch Amerika unternommen hat, veröffentlicht das Ergebnis

„Aber Herr Marx geht in der Erfüllungspolitik so weit, daß er vor aller Welt betont: Oesterreich ist Ausland! Offenbar ist ihm das in Ober-Grainau, der letzten Reichseisenbahnstation auf der Strecke Garmisch-Reutte, ganz besonders zu Bewußtsein gekommen, denn wenige Kilometer weiter liegt Ehrwald in Tirol und das ist Ausland!“

Es lebe der Versailler Vertrag, wenn man sich als Reichszentrum des Bürgerblocks auf ihn berufen kann, um seinen Austritt aus dem Reichsbanner zu vollziehen und den anschließenden Offizieren einen Gefallen zu erweisen!

Schwere Herabsetzung und Beleidigung der Bundesregierung? Diese Marx'sche Behauptung läßt den Verdacht aufkommen, daß der Reichszentrum den Aufruf Hörnings überhaupt nicht selbst gelesen hat. In dem ganzen Aufruf steht überhaupt nur ein Satz, der sich auf die Seipel-Regierung bezieht und dieser Satz enthält den Ausdruck: Hilflosigkeit. Und das soll eine „schwere Herabsetzung und Beleidigung“ sein? Wir fragen jeden Richter in Deutschland, einschließlich des Senatspräsidenten Wilhelm Marx: Welcher Richter könnte es vor seinem Gewissen verantworten, in einem Gerichtsurteil den Ausdruck „Hilflosigkeit“ als „schwere Herabsetzung und Beleidigung“ zu bezeichnen und zu fügen, zumal wenn er in politischem Sinne gebraucht wird.

Stiefkinder der Sozialpolitik.

Ausnahmebehandlung der seemannischen Arbeitnehmer.

Der sozialpolitische Schutz der seemannischen Arbeitnehmer ist noch unentdeckt rückständig. Besonders kostlos liegt es bei den Angestellten aus. Hier herrschen teilweise mittelalterliche Zustände. Seit Jahren bemühen sich die freigewerkschaftlichen Berufsorganisationen der Arbeiter und Angestellten gemeinsam mit ihren Spitzenverbänden, die wichtigsten Fragen in Fluß zu bringen. Bis hierher ist das an dem Widerstand der Bürgerblockregierung. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat schon vor längerer Zeit einen eigenen Gesetzentwurf eingebracht, der auch die Zustimmung der freien Gewerkschaften gefunden hätte, um wenigstens die Krankenversicherung einer befriedigenden Regelung zuzuführen. Aber auch hier hatte die Regierung des Bürgerblocks bisher nur Versprechungen, jedoch keine Taten.

Die Empörung über diese dauernden Verschleppungen kam zu einem dramatischen Ausbruch aus dem am Montag zu Ende gegangenen Verbandstag der Schiffsingenieure. Die Vertreter der Angestellten wie der Gastteilnehmer der Arbeiter forderten den anwesenden Vertreter des Reichsarbeitsministeriums auf, endlich mit den amtlichen Entwürfen herauszukommen.

Der Reichstag soll sich bei seinem Wiederzusammentritt im Herbst mit einer Ergänzung der Krankenversicherung in diesem Sinne beschäftigen. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird bei dieser Gelegenheit mit allem Nachdruck eine sofortige Regelung dieser Frage für die seemannischen Arbeitnehmer fordern. Es ist die Pflicht des Reichsarbeitsministeriums, seinen wiederholt versprochenen Entwurf herauszubringen, damit keine weitere Verzögerung eintritt.

Ebenso dringlich ist die Einbeziehung in das Arbeitsgerichtsgesetz. Bei gutem Willen ist das sehr leicht zu lösen, wie es das Beispiel der verabschiedeten Arbeitslosenversicherung zeigt.

Geradezu tragisch sieht es auf dem Gebiete des Arbeitsschutzgesetzes aus. Demnach sollen auch hier die seemannischen Arbeitnehmer vom Arbeitsschutzgesetz wieder ausgenommen werden. Das sind ganz unholdbare Zustände. Das Reichsarbeitsministerium verweist immer auf eine Neuordnung der Seemannsordnung, ohne daß es jedoch bis heute mit seinem Entwurf herausgekommen ist. Die Folge davon ist, daß die seemannischen Arbeitnehmer entrechtet bleiben.

Der Artikel 157 der deutschen Reichsverfassung verspricht ein einheitliches Arbeitsrecht, dessen Aufgabe darin bestehen soll, die Arbeitskraft besonders zu schützen. Zur Durchführung dieser Verfassungsbestimmung ist es notwendig, die einzelnen sozialpolitischen Schutzgesetze auf alle Arbeitnehmer, also auch auf die seemannischen, auszuweiten. Nur so wird die Entrechtung einzelner Gruppen von Arbeitnehmern beseitigt.

seiner Studien über den italienischen Fruchtmarkt auf amerikanischen Boden in einem Artikel mit der Ueberschrift „Der König der Bananen“. Der Bananenmarkt besitzt in New York eine mächtige Organisation, an deren Spitze der Italiener Giuseppe Di Giorgio steht, der in ganz Amerika unter dem Namen „Der Bananenkönig“ bekannt ist. Der Name bezeichnet aber durchaus nicht die Grenzen seines Reiches. Man könnte den Bananenkönig vielmehr mit größerem Recht den Beherrscher des amerikanischen Fruchtmarktes nennen. Denn er besitzt nicht nur ausgedehnte Bananenplantagen, sondern ist auch über den gesamten amerikanischen Fruchtmarkt die Kontrolle aus. Wie gewaltig das Unternehmen ist, an dessen Spitze Di Giorgio steht, geht zur Genüge aus der Tatsache hervor, daß im vergangenen Jahre ein Umsatz in Höhe von 50 Millionen Dollar erzielt wurde. Abgesehen von seinen Bananenplantagen besitzt Di Giorgio in Florida Obstplantagen im Umfang von einhundert Hektar. Sie dienen der Kultur von Orangen, Mandarinen, Grapefruits und von Avocadobäumen, die in Mittelamerika hochgezüchtet, in der Alten Welt aber so gut wie unbekanntes bizarrähnliches Obst liefern. Ausgedehnter sind noch die Plantagen in Kalifornien, die fünftausend Hektar umfassen und vor allem für den Weinbau bestimmt sind. Kleinere Plantagen besitzt Di Giorgio ferner in anderen Staaten. Dazu kommen noch 7500 Hektar Bananenplantagen in Mexiko, Panama, Kuba und Jamaika. Wenn man bedenkt, daß Di Giorgio zum Transport der Bananen eine aus zehn Dampfern bestehende Flotte unterhält, wird man sich von dem Umfang des Unternehmens, in dem hunderttausend Angestellte und sechstausend Arbeiter beschäftigt werden, einen Begriff machen können. Di Giorgio ist ein Millionär, der als vierzehnjähriger Junge ohne einen Penny in der Tasche in Amerika einwanderte. Besonders stolz ist er auf seine ausgedehnten Weinberge, die sich dem trockenen Regime zum Trotz zu einem blühenden Unternehmen entwickelt haben. Sie liefern nicht nur Tafeltrauben, sondern auch zum Kellern bestimmte Weintrauben, die in getrocknetem Zustand den Verbrauchern in der Stadt geliefert werden und aus denen sich diese Wein kellern, da nach dem Prohibitionsgesetz die Herstellung von Wein für den eigenen Hausbedarf gestattet ist.

Eingeborene Ärzte in Südafrika. In Südafrika ist gegenwärtig eine Bewegung im Gange, Eingeborene zum Studium der Medizin zuzulassen. Zwischen den weißen Ärzten und den Eingeborenen hat sich noch immer kein hinreichendes Vertrauensverhältnis herausbilden können; vielmehr wird von den schwarzen Arbeitern, die durch das enge Zusammenleben in den modernen Industriebezirken stärker als in früheren Zeiten von Epidemien bedroht sind, noch immer der einheimische Quacksalber bevorzugt. Man verweist bei den neueren Bestrebungen vor allem auf Hollandisch-Indien, wo man mit eingeborenen Ärzten sehr gute Erfahrungen gemacht hat.

Der Moler Solomon stand, wie aus London gemeldet wird, im Alter von 68 Jahren. Man schreibt ihm in England die Erfindung der Bananenschale während des Krieges zu, die dazu dienete, die militärischen Stellungen und Bewegungen unentdeckt zu machen. Zu Beginn des Weltkrieges lenkte er die Aufmerksamkeit der Behörden auf die Notwendigkeit einer methodischen Anwendung dieser Kunst zu Lande und zu Wasser, und er wurde mit der Ausführung betraut.

Jam Mord der Hohn.

Die Arensdorfer Heher oben auf.

Als die Bluttat von Arensdorf geschehen war, versuchten sich die Heher von Arensdorf hinter der angeblichen Geisteschwäche des Mörders Schmelzer zu verziehen.

Keiner der Heher, keiner von denen, die den blutigen Zwischenfall provoziert haben, ist mehr in Haft. Der Mörder selbst ist in eine Irrenanstalt zur Beobachtung seines Geisteszustandes eingeliefert worden.

Das macht ihnen offenbar neuen Mut, dem Gesindel von Arensdorf. Zum vorigen Sonntag hatte man zu einer völkischen Rabauverammlung in Arensdorf eingeladen. Sie wurde selbstverständlich verboten. Eine in dem Nachbarort Hafenselde einberufene Erläuterungsverammlung bewies die Notwendigkeit des Verbots. Organisierte Landesverrat des Reichsbanners, das Reichsbanner die Fremdenlegion des internationalen Bankkapitals — das war der Grundton dieser Versammlung. Am Tage, an dem das zweite Opfer der Arensdorfer Bluttat zu Grabe getragen wurde, waren es die Arensdorfer Hintermänner schon wieder, mit ihrem aufreizenden Bürgengewäch ihre „geisteschwachen“ Bulschschügen zu neuen Heldentaten zu hegen.

Nach toller. Ein Studienrat Bösch — das Kultusministerium wird sich diesen auf die Jugend losgelassenen Verächter der staatlichen Ordnung noch genauer ansehen müssen — fordert die Teilnehmer der skandalösen Heherverammlung im vollen Bewußtsein dessen, sie dadurch zu einer Mißachtung der Staatsgewalt zu verleiten, auf, am Abend in Arensdorf zu einem „nicht verbotenen Bierabend“ zu erscheinen. Und dieser Bierabend — man muß es im völkischen „Deutschen Tageblatt“ selbst nachlesen:

„Arensdorf! Nicht gefüllt der Saal. Heimatlieder klangen und dann sprach Freund Hesselbacher: „Nun doch in Arensdorf! Nein! Nun erst recht in Arensdorf.“ waren die ersten Worte seines zweiten Vortrags, der ein einziges Treuegelöbniß war. Kirchentische im Raum. Inbeider Beifall, als er mit den Worten schloß: „Ich bin stolz darauf, daß ich heute Vater Schmelzer, der an unseren Veranstaltungen teilnahm, die Hand habe drücken können.“

Darauf dankte der Kreisleiter des „Stahlhelm“, v. Wenzleben, den Deutschhöglichen, daß sie sich als einzige zu den Arensdorfern bekannt hätten. Kamerad Hesselbacher erwiderte, er sei für uns selbstverständlich, daß wir, nachdem die Arensdorfer von der Judenpresse zu ebensolchen Fremdmördern gestempelt seien wie wir, als „Kollegen“ auch „Kollegialität“ gewahrt hätten. Kamerad Rog-Fürstenwalde vertrat dieselbe Ansicht, die Kreisleiter Bösch dadurch unterstrich, daß er Vater Schmelzer zum Ehrenmitglied des Kreisvereins Cebus des DVFB. (Deutschhöglicher Freiheitsbund) ernannte.

Heilrufe und kräftiges Händeschütteln bei der Abfahrt zeigten uns, wie froh unsere Freunde über den Verlauf der Tagung waren. So war aus der Versammlungsschmuck von Arensdorf ein glänzender völkischer Siegertag geworden, dem weitere folgen sollen.“

Zwei Opfer der Bluttat von Arensdorf deckt der Rasen. Fünf weitere Opfer liegen mit schweren Wunden daneben. Dieselben Gefellen aber, die noch hohen Deckung hinter der angeblichen Geisteschwäche des Mörders Schmelzer suchten, sie fangen in demselben Augenblick, in dem sie sich vor einer Strafverfolgung im Zusammenhang mit dem Mord sicher fühlen, nicht nur von neuem mit ihrer schamlosen Hehe an, sie ehren obendrein auch noch den Vater des Mörders, der einer der Hauptheher war! Läßt sich ein zynischeres Eingeständnis der Solidarität mit dem Mörder und der Mordtat denken?

Die Versammlungen von Hafenselde und von Arensdorf legen die Zusammenhänge in erschreckender Weise klar. Soll es wieder so sein, daß die geistigen Urheber einer politischen Bluttat frei ausgehen? Wenn etwas, so zeigt das vorliegende Beispiel, daß Finsternisse von Schläge derer von Arensdorf auch angesichts der Wahre ihrer Opfer nicht halt machen in ihrer maßlosen Hehe. Sie glauben für sich einen Freibrief in Händen zu halten und warten auf den nächsten „geisteschwachen“ Bulschschügen.

Der Vater des Mörders, Stahlhelmer Schmelzer, Ehrenmitglied der Völkischen. Die von Wenzleben stehen zu ihm. Der Jubel der Meute von Arensdorf umerauscht ihn. Den Nordbuben selbst kann man nicht gut ehren, also ehrt man seinen Vater. Nun erst recht Arensdorf! Gut. Man weist damit auf die Spur der Verantwortlichen. Ist Mörder Schmelzer geistig minderwertig, so trägt Vater Schmelzer die Verantwortung für die Untaten seines geisteschwachen Sohnes. Die Opfer des geisteschwachen Stahlhelmmannes Schmelzer und ihre Angehörigen warten. Die Gerechtigkeit wartet. Mögen die Gerichte sich ihrer Aufgabe bewußt sein!

Der Zerfall — bei den „Vaterländischen“.

Nach den Berichten der Hugenberger und Sodensterne zerfällt das Reichsbanner Schwarz-Rot-Weiß in ständig fortschreitendem Maße. Um so mehr werden sich wahrscheinlich die sogenannten „Vereinigten Vaterländischen Verbände“ konsolidieren, worüber uns interessante Nachrichten vorliegen. Im Kreis Barmberg haben sich nämlich sieben Ortsgruppen des „Stahlhelm“ mit mehreren hundert Mitgliedern vom „Stahlhelmbund der Frontsoldaten“ getrennt, um sich als „Vereinigung ehemaliger Stahlhelmer“ selbständig zu machen. Nach dem „Völkischen“ sollen die Gründe hierfür darin zu suchen sein, daß die Bundesleitung des Herrn Selbe und Duestenberg der Beschwerde der Barmberger Gruppen gegen die Leitung des Bundes Anhalt nicht stattgeben. Es handelte sich da um Differenzen zwischen den einzelnen „Führern“, wie wir sie bei den „V. V. B.“ ja seit Jahren gewöhnt sind.

Wenn ein Mann, der Reichsbanner des Bürgerblods Böhme Marx, die Front verläßt, „zerfällt“ für die Hugenberger das Reichsbanner. Wenn Hunderte auscheiden, kann selbstverständlich beim „Stahlhelm“ von einem Zerfall nicht im mindesten die Rede sein!

Opfer der bayerischen Räteunruhen.

Der wegen Beteiligung an den oberbayerischen Räteunruhen im Jahre 1919 zu 8 Jahren Zuchthaus verurteilte Guido Kopp ist nunmehr nach Verbüßung seiner Strafe aus dem Zuchthaus Straubing entlassen worden. Kopp hat während seiner Straubinger Inhaftung 4 Jahre in der Krankenabteilung des Zuchthaus verbracht.

Von den 2209 im Jahre 1919 verurteilten Rätepublikanern sind heute noch 15 im Zuchthaus Straubing, die Strafen von 12 und 15 Jahren abzusitzen haben.

Der deutsch-belgische Konflikt.

Ende des Notenkampfes. — Die Vergleichskommission zur Klärung zuständig.

Der deutsche Gesandte in Belgien ist am Dienstag ins belgische Außenministerium geschickt worden, um, wie es in einer Brüsseler Meldung hieß, „mitzuteilen, daß die deutsche Reichsregierung nicht die Absicht habe, auf die letzte Note der belgischen Regierung zu antworten“. Nun wird jedermann davon überrascht sein, daß Herr von Koller zu Emil Vandervelde gehen mußte, um ihm zu sagen, daß er ihm nichts mehr zu sagen habe. Diese Ueberraschung löste sich in nationales Wohlgefallen auf. WTB. verbreitete nämlich, ebenfalls gestern, eine Mitteilung „von unterrichteter Seite“, daß der deutsche Gesandte beauftragt wurde, einen „Standpunkt der Reichsregierung der belgischen Regierung zur Kenntnis zu bringen“. Es wurde für zweckmäßig ge-

daß sie nötig zu Unrecht angeschuldigt worden sind. Hier bietet sich Gelegenheit, dies zu beweisen. Es muß ihnen daran liegen, die Anschuldigungen in ihrer ganzen Richtigkeit zu entlarven und zu zeigen, daß „Deutschlands Ehrenschuld loslos rein“ ist. Ein deutsch-belgischer Vergleichsverfahren vermag hoffentlich Verdächtigungen zu zerstreuen, die die Beziehungen Deutschlands mit seinen Nachbarvölkern stören und sein Ansehen in der Welt schädigen.

Sozialistischer Angriff auf den Kriegsminister.

Brüssel, 27. Juli. (Eigenbericht.)

In einem offenbar von einem sozialistischen Minister herrührenden oder wenigstens inspirierten Artikel bespricht der „Peuple“ den Abschluß des deutsch-belgischen Notenwechsels. Das Blatt schreibt u. a.:

„Es war höchste Zeit, Schluß zu machen. Die Tatsache, daß die Reichsregierung verspricht, Vanderveldes Denkschrift über die belgische Neutralität dem in Frage kommenden Untersuchungsausschuß des Reichstages zu überweisen, läßt auf einen objektiven, von Vocarno geleiteten Geist bei der Reichsregierung schließen. Hätten alle Stellen in Berlin von vornherein in diesem Geiste gehandelt, dann wären die friedensschädlichen, bitteren Polemiken erspart geblieben. Hoffen wir, daß nunmehr auch die deutschen Nationalisten entweder schweigen oder sich mögen werden.“

Der „Peuple“ fährt fort: „Nachdem nun der Zwischenfall Reichswehr-Brocqueville abgeschlossen ist, möchten wir auch unsere Meinung sagen, die übrigens von vielen Leuten geteilt wird, die nicht gerade als internationale Sozialisten gelten: Brocqueville hätte gut getan, siebenmal die Zunge im Munde umzudrehen, ehe er sprach. Gewiß kennt man den großmütigen Charakter Brocquevilles; aber ehe man Anschuldigungen erhebt, muß man seine Beweise beisammen haben und imstande sein, sie vorzulegen. Das konnte Brocqueville nicht, da er sich lediglich auf geheime Informationen stützte, die auch weiterhin geheim bleiben sollten. Nicht, daß wir uns etwa Täuschungen hingeben über die Reichswehr, ebensowenig wie unsere deutschen Parteifreunde selber. Aber nur naive Menschen können glauben, man könne ein großes Volk durch Zwangsmittel dauernd entmannen. Dazu bedarf es innerpolitischer Vorbereitungen, die besten wie die Brocquevilles gewiß nicht erschließen. Die sicherste Friedensgarantie in Deutschland und Europa bleibt die Demokratie. Es ist Aufgabe der Arbeiterklasse, mit deren Blut gespielt wird, den Reaktionsären und Friedenshörnern aller Länder das Handwerk zu legen.“

Neue Verhaftung Kobbachs.

Wegen Erschießungen während des Kapp-Putschs.

B. S. Schwerin (Mecklenburg), 27. Juli.

Oberleutnant a. D. Kobbach, der bekannte Freikorpsführer, von dem man in der letzten Zeit nichts mehr gehört hat, ist am Dienstag plötzlich auf Veranlassung des Untersuchungsrichters beim Landgericht Schwerin auf dem Gute Staer in Mecklenburg verhaftet und in das Schweriner Untersuchungsgefängnis eingeliefert worden. Wir erfahren darüber folgende Einzelheiten:

Oberleutnant Kobbach, der bekanntlich längere Zeit in Belgien in Untersuchungshaft gesessen hat und später wegen einer Beteiligung am Hitlerputsch ins Ausland gegangen war, hatte sich in den letzten Jahren von seiner früheren politischen Tätigkeit zurückgezogen und betätigte sich nach seiner Rückkehr nach Deutschland — wegen der Teilnahme am Hitlerputsch war er amnestiert worden — als Leiter der „Spielführer Klubs“, mit der er mehr als 300 Aufführungen in allen Teilen Deutschlands veranstaltete. Ursprünglich hatte er das einem Herrn v. Potosch gehörende Gut Staer am Blauer See in Mecklenburg gepachtet und hier eine sogenannte Führerschule eingerichtet, die der Pflege deutscher Kultur und der Heranbildung junger Führer dienen soll. Hier erfolgte nun seine Verhaftung, und zwar auf Grund eines noch aus den Tagen des Kapp-Putschs stammenden Haftbefehls des Schweriner Untersuchungsrichters. Es schwebt nämlich noch in Schwerin gegen Kobbach ein Verfahren wegen mehrerer Erschießungen linksgerichteter Personen, die von dem Kommando des ehemaligen Freikorpsführers in Verbindung mit dem Kapp-Unternehmen in Riendorf i. N. vorgenommen worden waren und für die Kobbach als einer der Unterführer des Kapp-Unternehmens in Mecklenburg die Verantwortung tragen soll. Die Reichsammnestie, die seinerzeit die Teilnehmer am Kapp-Putsch außer Verfolgung gesetzt hat, umfaßt nämlich nur die politischen Delikte, nicht aber persönliche Straftaten.

Wie außerdem B. S. erzählt, hat Kobbachs Verteidiger, Rechtsanwalt R. Bloch (Berlin) sich an das Reichsjustizministerium mit der Bitte um Intervention gemandt, da nach seiner Auffassung das Verfahren in Schwerin durch die Reichsammnestie miterledigt sei. Die Stellungnahme des Reichsjustizministeriums in dieser Angelegenheit ist noch nicht bekannt.

Die Not der Hochwassergebiete.

Schnelle Hilfe Bruchens.

Der Freistaat Preußen wird den vom Hochwasser Bedrohten und Geschädigten diesmal schneller, als es sonst bei ähnlichen Anlässen geschehen konnte, wirksame Hilfe bringen. Die Regierung will sich nicht darauf beschränken, für die Unterkunft und die Versorgung des von den überschwommen Weiden vertriebenen Viehs zu sorgen, sondern durch besondere Kommissionen (soweit die angerichteten Schäden prüfen lassen und sowohl mit Geldmitteln als auch mit technischen Maßnahmen Untersuchungen leisten.

Die von einzelnen Behörden bereits zugelangte Unterstützung wird voraussichtlich auf alle Hochwassergebiete ausgedehnt werden. Bei der Vernichtung der Ernten ist die Bereitstellung von Saatgut in Aussicht genommen.

In Beantwortung einer Anfrage aus dem Landtag hat der preussische Innenminister Grzesinski erklärt, daß aus Mitteln des Staates und der Provinz 135 000 R. zur Vonderung der ersten Rat im Spreewaldgebiet bereitgestellt worden sind.

Daß die französische Regierung in Moskau von der Sowjetregierung die Einstellung der kommunistischen Propaganda verlangt habe, wird in Paris bestritten. Botschafter Herbetto habe natürlich den Auftrag, sobald es nötig sei, auf die Befestigung der französisch-französischen Beziehungen hinzuwirken. Neue Anweisungen seien nicht ergangen.

Massen-Demonstration

am Montag, 1. August, abends 7 Uhr auf dem Wittenbergplatz:

Gegen Krieg und Kriegsgefahr!

Für Frieden und Sozialismus!

Parteilosen! Vorwärts! Niemand darf bei dieser wichtigen Kundgebung fehlen! Der Ausmarsch erfolgt gemeinschaftlich von den verschiedenen Stadtteilen aus. Der Plan wird noch veröffentlicht. Sorgt dafür, daß die Wucht der Kundgebung auch dem schlimmsten der Kriegsbegeisterten zum Bewußtsein kommt!

Montag abend 7 Uhr!

halten, diesen Standpunkt öffentlich bekanntzugeben. Er wurde mit folgenden Worten festgelegt:

„Es muß mit Bedauern festgestellt werden, daß der belgische Kriegsminister auch in diesem neuen Memorandum seine gegen Deutschland erhobenen Beschuldigungen aufrechterhalten zu dürfen glaubt, obwohl er nicht imstande ist, auf die amtlichen deutschen Feststellungen mit irgend welchen konkreten Angaben zu antworten. Graf de Broqueville kann ein derartiges Vorgehen in keiner Weise rechtfertigen, daß er die Quellen, auf die er seine Behauptungen stützen will, als geheim bezeichnet.“

Wenn der Minister eines Landes öffentlich Anklagen gegen ein anderes Land erhebt, und wenn er dann die einwandfreie Widerlegung dieser Anklagen einfach damit abtut, daß er sich auf den geheimen Charakter seiner Informationsquellen beruft, wird die Deffinitivität von selbst ihre Schlüsse daraus ziehen. Die Reichsregierung sieht jedenfalls keinen Anlaß, die von ihr bei der belgischen Regierung eingelegte Verwahrung, die selbstverständlich in vollem Umfang zu Recht bestehen bleibt, in einem neuen Memorandum nochmals zu wiederholen.“

Hoffentlich ist damit der wochenlange, durch die Schuld des belgischen Kriegsministers entseelte Notenkrieg beendet. Vandervelde scheint es gelungen zu sein, die weitere Zuspitzung der unerquidlichen Auseinandersetzung dadurch abzubiegen, daß er die Untersuchungen des Reichstagsausschusses über Belgien in die Debatte hineinzieht. Damit ist aber nicht gesagt, daß Deutschland in Zukunft vor der Wiederholung solcher Angriffe bewahrt bleibt. Es kann leicht der Tag kommen, wo der Drang des belgischen Kriegsministers, für sein Ressort außenpolitische Vorbeeren zu ernten, nicht mehr durch einen sozialistischen Außenminister gezügelt wird.

Seit Vocarno gibt es ein Mittel, einseitige Anschuldigungen gegen ein anderes Volk aufzuklären. Und es wäre sicher besser gewesen, wenn die Wilhelmstraße dieses Mittel der Aufklärung in Betracht gezogen hätte, statt mit „Verwahrungen“ zu antworten, die an den Stil der alten Diplomatie erinnern, und die Gegenfälle verschärfen statt sie zu überbrücken.

Der deutsch-belgische Schieds- und Vergleichsvertrag steht nämlich ein Vergleichsverfahren für politische Streitigkeiten vor. Es heißt in seinem Artikel 17:

„Alle Fragen, über die die deutsche Regierung und die belgische Regierung uneinig sind, ohne sie auf dem gewöhnlichen diplomatischen Wege gütlich lösen zu können, ... werden ... der Ständigen Vergleichskommission unterbreitet. Diese hat die Aufgabe, den Parteien eine annehmbare Lösung vorzuschlagen und jedenfalls einen Bericht zu erstatten.“

Diese Vergleichskommission ist seit April 1927 ernannt. Sie besteht aus fünf Mitgliedern. Vorsitzender ist Alois de Neuron, Rechtsanwalt und Ständerat in Lausanne; außerdem gehören ihr an: Genosse Dr. Desten Linden, Professor an der Universtät in Uplala, früherer schwedischer Außenminister; Santheer Dr. W. J. M. von Cillings, Professor an der Universtät in Leiden; Dr. Ernst v. Simson, Staatssekretär a. D. (deutsches Mitglied); Genosse de Broqueville, Senator und Professor an der Universtät in Brüssel (belgisches Mitglied).

Diese Kommission kann von einer Regierung allein oder von beiden Regierungen gemeinschaftlich angerufen werden. Ebenso wie die drei anderen Vocarno-Kommissionen war sie bisher arbeitslos. Die Behauptungen de Broquevilles über ungesetzliche Restrukturierungen der Reichswehr können ihre Arbeit geben. Es wäre ihre Aufgabe, die strittige Frage, ob die Unterlagen des belgischen Kriegsministers zuverlässig oder unzuverlässig sind, zu klären und dazu alles geeignete Material auf dem Wege einer Untersuchung oder lautwie zu sammeln. Der Bericht der Kommission wäre spätestens in sechs Monaten zu erstatten.

Wir wollen annehmen, daß der deutsche Reichswehrminister eine solche Untersuchung bewillkommen würde. Er und die Bürgerblockregierung haben bisher behauptet,

Politisches Rowdytum.

Widerwärtige Kampfesitten.

Erst vor wenigen Tagen wurden zwei junge Anarcho-syndikalisten wegen des Raubüberfalls auf die Wohnung des Ehepaars Schischka in der Königgräber Straße zu 3 Jahren 6 Monaten bzw. 3 Jahren 3 Monaten Gefängnis verurteilt.

Das Gericht sprach M. frei. Die Tatsache bleibt aber bestehen: zwei junge Leute werden von einem Trupp politischer Gegner überfallen und niedergeschlagen.

Mit dem Messer gegen Polizeibeamte.

Pfingstsonntag. Großer Rotfronttrummel. An der Schönhauser Allee sammelt sich ein Trupp Rotfrontkämpfer zum Abmarsch. Auf dem Trottoir drängen sich Mitläufer.

Vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte wurden drei Teilnehmer dieses Raubüberfalls auf den Schupemann verantworten. Der eine war allerdings nur wegen Bedrohung angeklagt.

Aufruhr zur Last gelegt. Beide bekritten, sich schuldig gemacht zu haben. Der eine wollte nur Zuschauer gewesen sein, der andere erklärte, überhaupt nicht einer Partei anzugehören.

Das Urteil lautete auf acht Monate Gefängnis gegen den einen Angeklagten, auf vier Monate gegen den zweiten. Der dritte wurde freigesprochen.

Eine Prügelei um Nichts.

Vor den Richtern zwei junge Leute. Der Kaufmannsangehörige S. und der Kohlenarbeiter W. Die Anklage lautet auf Landfriedensbruch. S. gilt als Rädelsführer, W. habe sich Gewalttätigkeiten zuschulden kommen lassen.

Jugend befindet sich auf Neujahrsfahrt, rechte Jugend, linke Jugend. Wieder werden gefangen, Wanderlieder, Marschlieder. Am Jugendheim spielt man Fußball.

Also hatte er sich gestern zu verantworten. Der Gemisshandele wollte ihn mit aller Entschiedenheit wiedererkennen. Ebenso entschieden bestritt aber Wendemann, dabei gewesen zu sein.

Dies war also der Landfriedensbruch, dies der Rädelsführer! Rechtsanwalt Rosenfeld machte mit Recht auf die bemerkenswerte Eigentümlichkeit aufmerksam, daß aus diesem, wenn auch bedauerlichen, Zusammenstoß verschiedener jugendlicher ein Landfriedensbruch konstruiert werden konnte.

Vor dem Ozeanflug Dessau—New York. Das Flugprojekt Künnekes.

Die für den kommenden Ozeanflug Dessau—New York auf dem Dessauer Flughafen errichtete Betonstartbahn geht ihrer Vollendung entgegen. Diese betonierete Fläche, die unter Ausnutzung von bereits vorhandenen Höhenunterschieden des betreffenden Geländes ein leichtes Gefälle erhalten hat, wird insgesamt 600 Meter lang sein.

Etwa 50 Arbeiter sind in Tag- und Nachtschicht an der Vollendung der Startbahn beschäftigt, die unter Androhung von Konventionalstrafen innerhalb von acht Tagen, also bis spätestens bis 3. August, fertig sein muß, da für die ersten Augusttage mit günstigen Windverhältnissen über den Atlantik gerechnet wird.

Außer der Junkersmaschine werden noch andere Maschinen für den Amerikaflug vorbereitet. So will Udet mit einem Rohrbach-Flugboot starten und Künneke wird ebenfalls mit einem Caspar-Flugzeug das große Wagnis unternehmen.

Das Flugzeug zu schaffen, das in der Lage ist, bei verhältnismäßig geringer Motorstärke eine hohe Flughöhe zu befördern. Eine Voraussetzung für die ein Spezialkostenflugzeug Grundbedingung ist. Diese Eigenschaft, verbunden mit ausgezeichneten flugtechnischen Eigenschaften, lassen dieses Flugzeug für dieses Projekt außerordentlich geeignet erscheinen.

Die Silberschwärme

Von Rex Beach

[Nachdruck verboten]

Kontinuierliche Übersetzung aus dem Englischen von Julia Rappel

Der Riese ließ ein Lachen hören, das nicht eigentlich munter klang. „Ich will mein Leben dafür hergeben!“

„Und wenn wir Willis Marsh nicht besiegen, bei Gott, dann bringe ich ihn um!“ brüllte Walt, und man sah ihm an, daß er aus dieser Drohung Ernst machen würde.

Er riß sich seinen zeretzten Rock vom Leibe, warf ihn wie ein nasses Bündel neben den Kamin und ging mit Cherry ins Speisezimmer, von den anderen gefolgt.

Als die Schüsseln schließlich leer waren, wuschte er sich um den Mund, erhob sich und sagte: „Wir wollen uns an den Ofen setzen, ich habe seit drei Tagen keine Wärme in den Leib bekommen.“

„Gut,“ sagte Emerson resigniert, „wenn du darauf bestehst, bleibe mir wohl nicht anders übrig; aber ich nehme dich nicht weiter als bis Seattle mit.“

„Das läßt sich hören,“ meinte Frazer, „von Seattle aus werde ich mir selbst weiterhelfen können. Aber Kalvoit — huh!“

„Warum wollen Sie schon so bald aufbrechen?“ fragte Cherry Emerson, als die anderen hinausgegangen waren.

„Weil jeder Tag von Bedeutung ist.“

Cherry wandte sich an den Fischer: „So schnell kannst du doch nicht bereit sein, George?“

„Ich bin bereit,“ beantwortete der Riese. Eine plötzliche Angst überfiel sie.

Wann sie nicht zurückkehrten? Es war eine gefährliche Reise, und George Walt war als der tollkühnste Mann längs der ganzen Beringstraße bekannt. Sie betrachtete Emerson mit einem angstvollen Blick, er aber achtete dessen nicht.

„Der andere ist länger.“ Cherry wandte sich aufgebracht an Walt. „Du weißt zu gut mit den Verhältnissen Bescheid, um so etwas vorzuschlagen!“

„Ich habe es nicht vorgeschlagen,“ sagte Walt, „Herr Emerson will den kürzesten Weg benutzen.“

„Ich bin mehr für ein langsames und sicheres Verfahren,“ erklärte Frazer, „als ob die Sache damit entschieden sei, und stopfte sich seine Pfeife.“

„Man reist nicht gut zu Dreien, wie du weißt.“ „Hör mal, Kamerad! Du hast versprochen, mich bis zu den Vereinigten Staaten mitzunehmen,“ wandte der Abenteuerer ein, „dein Versprechen mußt du halten.“

„Gut,“ sagte Emerson resigniert, „wenn du darauf bestehst, bleibe mir wohl nicht anders übrig; aber ich nehme dich nicht weiter als bis Seattle mit.“

„Das läßt sich hören,“ meinte Frazer, „von Seattle aus werde ich mir selbst weiterhelfen können. Aber Kalvoit — huh!“

„Warum wollen Sie schon so bald aufbrechen?“ fragte Cherry Emerson, als die anderen hinausgegangen waren.

„Weil jeder Tag von Bedeutung ist.“

„Aber warum wollen Sie durchaus über den Katmaipah?“ Wir sind mitten in der stürmischen Jahreszeit, und wenn Sie die Küste erreicht haben, müssen Sie vielleicht zwei Wochen auf den Postdampfer warten.“

„Das ist möglich, aber wenn wir nur einen einzigen Tag zu spät kommen, verlieren wir einen ganzen Monat. Der Postdampfer wird in zehn Tagen in Katmai erwartet, wir haben also keine Stunde zu verlieren.“

„Ich werde fürchterliche Angst ausstehen, bis ich weiß, daß Sie gut angekommen sind,“ sagte Cherry Malotte, und in ihrer Stimme war ein neuer Klang.

„Unfimt! Wir sind alle schon in größerer Gefahr gewesen.“

„Wissen Sie was,“ begann sie zögernd, „ich habe mir die Sache überlegt, ich glaube, es ist besser, wenn Sie sich auf das Unternehmen gar nicht einlassen.“

„Warum?“ Er blickte sie erstaunt an. „Ich dachte, Sie seien so begeistert für die Sache?“

„Gewiß — ich glaube unbedingt an das Unternehmen,“ antwortete sie niedergedrückt, „aber — als ich Sie dazu überredete, tat ich es aus Egoismus, denn das Gelingen der Sache bedeutet meine Rettung. Aber —“

„Es ist auch meine letzte Chance,“ unterbrach Boyd sie. „Am übrigen begreife ich nicht, warum Sie plötzlich so kleinmütig geworden sind!“

„Weil ich einsehe, daß es Ihnen noch gar nicht klar ist, worauf Sie sich eingelassen haben,“ sagte sie verzweifelt, „weil Sie nicht wissen, mit welchen Männern Sie es zu tun bekommen werden. Mit diesem Unternehmen ist geradezu Lebensgefahr verbunden. Marsh wird vor nichts zurückschrecken, um Sie unerschütterlich zu machen. Und es hat doch wirklich keinen Zweck, das Leben wegen einiger Dollar zu riskieren.“

Emerson lachte gezwungen: „Liebes Fräulein Malotte, Sie wissen nicht, was für mich auf dem Spiel steht. Wenn dieses Unternehmen fehlschlägt, kann Marsh meinetwegen keine Rache an mir üben — vielleicht werde ich ihm sogar dabei behilflich sein.“

„Ach, nein!“

„Von einem aber können Sie überzeugt sein: wenn er gewisslos ist, so bin ich es auch. Wenn er meinen Weg zu kreuzen versucht, so werde ich ihn mit gleichen Waffen bekämpfen.“

(Fortsetzung folgt.)

ganz normale Serienmaschine handelt, bei der nur ein anderer Motor als bisher zur Verwendung kommt und der Kasterraum entsprechend für die Aufnahme der Brennstoffbehälter umgebaut wird. Das Flugzeug hat ein gewöhnliches, aus zwei Rädern bestehendes Landfahrgerüst.

Angriffe gegen einen Kriminalassistenten. Eine Erwiderung des Polizeipräsidenten.

Die Tatsache, daß zur Aufklärung von Brandstiftungen und in Verbindung damit von Versicherungsbetrugsfällen eine Zusammenarbeit zwischen der Berliner Polizei und der Brandenburgischen Feuerzösierei erfolgt, gibt einem Berliner Blatt Veranlassung, sich mit der grundsätzlichen Frage der Zulässigkeit eines derartigen Verfahrens der Polizei zu beschäftigen, daneben aber auch gleichzeitig Angriffe gegen den hierfür zuständigen Beamten des Berliner Polizeipräsidenten wegen angeblich nicht einwandfreien Verhaltens zu richten. Von diesem Beamten, dem sogenannten Polizei-Brandermittlungskommissar Weste, der den Rang eines Kriminalassistenten bekleidet, wird behauptet, daß er bereits seit Jahren, unbeschadet seiner Beamteneigenschaft, mit Wissen der vorgesetzten Behörden auch für die genannte Feuerzösierei tätig sei, indem er verdächtige Brandfälle, insbesondere auf dem Lande, unterlasse und hierfür sowohl Tagesgelber wie den Ertrag seiner persönlichen Unkosten erhalte. Ob sich diese und andere Vorwürfe bewahrheiten, muß abgewartet werden. Der Berliner Polizeipräsident verbreitet hierzu die folgende Erklärung: „Es ist zutreffend, daß ein Berliner Kriminalbeamter der Landfeuerzösierei der Provinz Brandenburg, die eine gemeinsame Körperschaft des öffentlichen Rechts darstellt, dauernd zur Verfügung gestellt ist. Diese Regelung besteht schon seit vielen Jahren. Was die Vorwürfe gegen die kriminalpolizeiliche Betätigung des Kriminalbeamten Weste betrifft, so haben ähnliche, schon im Anfang dieses Jahres erhobene Vorwürfe bereits eine polizeiliche Nachprüfung veranlaßt. Ein Grund zum disziplinarischen Einschreiten hat sich damals nicht ergeben. Auf Grund der von der „Vossischen Zeitung“ erneut vorgebrachten Behauptung wird nochmals eine eingehende Nachprüfung an Hand der gerichtlichen Strafakten stattfinden. Diese Gerichtsakten sind bereits von der Polizei angefordert.“

Die Bluttat in der Fiedicinstraße.

Kein Totschlag, sondern vorfälliger Mord?

Die Bluttat des Brauereiarbeiters Arthur Fischer soll nach den Untersuchungen des Kriminalrats Klinghammer und seiner Beamten nicht als Totschlag, sondern als reißlich erwogener Mord anzupreisen sein. Der 24jährige Mann, der in der Fiedicinstraße als Untermieter wohnte, war seit einem halben Jahre mit der 21 Jahre alten Schneiderin Erna Marschner verlobt. Die Angehörigen des Mädchens waren aber mit der Verbindung nicht einverstanden, weil Fischer stark verschuldet und leichtsinnig war. Durch die Warnungen der Familie veranlaßt, wollte das Mädchen wiederholt das Verhältnis lösen, ließ sich aber von dem Verlobten immer wieder bewegen, die Beziehungen aufrechtzuerhalten. Wie Zeugen bekunden, ließ der junge Mann es bei seinen Verlobungsversuchen nicht nur bei Worten bewenden, sondern hat das Mädchen auch bedroht, für den Fall, daß sie ihn verlasse. Gestern abend überredete er die Braut, ihn in seine Wohnung zu begleiten. Hier hat er sie erzwungen und der Toten einen Fessel in die Hand gedrückt, auf dem die Worte stehen: „Du sollst keinem anderen gehören als mir.“ Nach der Tat suchte Fischer ein Lokal auf, trank dort etwas und betätigte sich an einem Statuette. Erst gegen 3 Uhr morgens erlitt er auf der Reiterstraße einen Schlaganfall. Fischer wird wegen Mordes dem Untersuchungsrichter vorgeführt werden.

Die Untersuchungen der Kriminalpolizei, ob Fischer auch für den Mord an der Elise Krüdt in der Rosenhaller Straße als Täter in Frage komme, haben keinen Anhaltspunkt ergeben und sind daher abgebrochen worden.

Ein Fanatiker des Barfußlaufens.

Seine Zuflucht an einem stillen Ort.

Vor einigen Tagen berichteten wir über die Festnahme eines Eindringlers, der in der Rauchstraße bei einem verlassenen Willeneinbruch erwischt wurde. Es hat sich jetzt herausgestellt, daß man einen „schweren Jungen“ erwischt hat. Der Erkennungsdienst erkannte den Verhafteten als einen 28 Jahre alten Elektroinstallateur Alfred Schulz, einen gebürtigen Bayern. Das Konto dieses noch jungen Mannes ist so stark belastet, daß, wie er selbst sagt, 50 Jahre zusammenkommen würden, wenn er wegen aller verübten Einbrüche verurteilt würde.

Als er von Bayern aus zu einem Termin nach Wittenberg gebracht werden sollte, sprang er kurz vor Gräfenhainichen aus dem fahrenden Zug. Seine Begleiter zogen die Notbremse und brachten den Zug zum Stehen. Schulz war aber schon auf und davon. In Gräfenhainichen alarmierte man sogar die Feuerwehr, um den Entspringenden einzufangen, es gelang aber nicht. Schulz hatte sich auf ein stilles Dörfchen zurückgezogen und harrte in der engen Klausur die ganze Nacht aus, bis man die Suche nach ihm aufgab. Ueber Bitterfeld kam er nach Leipzig. Hier hatte er eine „Geschäftsverbindung“, wurde mit neuen Kleidern versorgt und fuhr nun nach Berlin, wo er wiederum große Dinge vorhatte. Schon beim ersten Versuch aber in der Rauchstraße wurde er erwischt und festgenommen. Als man den Verhafteten fragte, wie es denn möglich gewesen sei, daß er jedesmal entkommen konnte, erklärte er, daß er ein „Fanatiker des Barfußlaufens“ sei. Sobald er sich seiner Stiefel entledigt habe, könne ihn keiner einholen. Tatsächlich hat er bei seiner Flucht aus dem Zuge und später in Bitterfeld jedesmal die Stiefel in Stich gelassen und ist auf bloßen Füßen „gerannt“.

Fahrraddiebe wieder am Werk!

Die Fahrraddiebe machen nach wie vor gute Beute. Am häufigsten fallen ihnen junge Leute und Schüler zum Opfer, die den wechselnden Trias der Schwindler nicht gemachtem sind. Erst gestern vormittag haben zwei dieser Gauner zwei fast neue Maschinen erbeutet. An der Kückersduler haben zwei junge Leute, die ihre Räder beiseite gestellt hatten, den Ferienspielen der Kinder auf dem Schulhofe zu. Plötzlich trat ein Mann an die Räder heran, schlang sich auf das eine, nahm das andere an der Lenkstange und fuhr mit beiden davon. Die Bestohlenen verfolgten ihn zwar, konnten ihn aber nicht einholen. Sie beobachteten nur, daß ein jüngerer Bursche sich zu dem ersten Manne gesellte und das zweite Rad bestieg. Die Schwindler ließen zwei ganz abgenutzte Räder zurück. Die Diebe sind auch schon in anderen Stadtteilen mit dem gleichen Trick aufgetreten. Nicht sind auch die älteren Räder gestohlen. Der ältere Mann steht etwa in den vierziger Jahren und trägt Brille. Mitteilungen erbittet Kriminalsekretär Emettons im Polizeipräsidenten.

Das Ende einer Trichter-Chauffee.

Seit langem befindet sich die Chauffee Frohnau-Hohen-Neuendorf in einem die Verkehrssicherheit gefährdenden Zustande. Die Straßenoberfläche gleicht einem Granatrichterfeld. Die Verkehrswacht, Berlin-Brandenburg (Geschäftsstelle: Berlin S. 61, Planufer 61), hatte in einer dringenden Eingabe den Magistrat der Stadt Berlin um Abhilfe ersucht. Dieser Eingabe ist nunmehr stattgegeben worden und in den nächsten Wochen wird mit der Chauffearbeit begonnen werden. Die Chauffee wird mit Klempflaster befestigt.

Die Bauausstellung von 1930.

Lebendige Darstellung des gesamten Bauwesens. — Einzelheiten des großen Planes.

Ueber das große Projekt der Stadt Berlin, die erste deutsche Dauerausstellung auf dem Gelände in Wrigelen zu schaffen, wurde in der gestrigen Morgenausgabe des „Vorwärts“ bereits ausführlich berichtet. Gestern nachmittag hat nun eine Pressekonferenz stattgefunden, in der die an diesem Plan beteiligten Kreise über die inzwischen geleistete Vorarbeit Bericht erstatteten.

Zunächst gab Direktor Kraemer als Vorsitzender des Deutschen Ausstellungs- und Messeamtes einen Ueberblick über das zu schaffende Werk. Er wies auf die zahlreichen Messen und Ausstellungen hin, die in den Nachkriegsjahren in den verschiedensten Städten veranstaltet wurden und erklärte, daß die heutige Zeit

eine neue Gestaltung des Ausstellungswezens

erfordere. In Leipzig habe die Technik sich ihre ständige Messe geschaffen, Berlin aber werde, getreu keinem Programm, fortfahren, Fachmessen zu veranstalten.

Dann gab Baurat Riepert als Vorsitzender des „Bereins Bauausstellung“ einen Ueberblick über die bisher geleistete und noch zu leistende Arbeit. Die Bauwirtschaft schloß sich unter dem Zwang der Verhältnisse bereits 1925 im Rahmen des Deutschen Ausstellungs- und Messeamtes zum „Fachauschuss für Ausstellungsfragen der Bauwirtschaft“ zusammen, dessen Aufgabe es war, die Ausstellung dieses Fachgebietes zu rationalisieren. Aus dieser Arbeit heraus wuchs der Gedanke, in einem geeigneten Ort Deutschlands eine Dauerausstellung der Bauwirtschaft zu veranstalten. Nach eingehenden Beratungen wurde das Jahr 1930 als Ausstellungsjahr gewählt. Unter den Städten, die für die Ausstellung in Frage kamen, blieben endlich nur noch Leipzig, Köln und Berlin. Berlin hatte das weiteste Entgegenkommen gezeigt, so daß es schließlich als Ausstellungsstadt gewählt wurde. Viele Gründe sprachen außer dem Entgegenkommen der Stadt für diese Wahl. Nicht allein die Möglichkeit, eine große Zahl von Besuchern zu vereinigen, sondern auch die Tatsache, daß in Berlin bisher die Jahresversammlungen der Bauwirtschaft abgehalten wurden, und daß zahlreiche bauwirtschaftliche Lehr- und Forschungsinstitute hier zu finden sind, gaben für die Wahl den letzten Ausschlag. Auf der Ausstellung sollen

alle Gebiete des Bauwesens

in lebendiger Form zur Darstellung kommen. Alle Neuerungen werden hier in wechselnder Folge gezeigt werden. Der Besucher wird die Rohstoffe, die Bau- und Ausbaustoffe, ihre Gewinnung, Herstellung, Prüfung, Bearbeitung und Verwendung, die benötigten Werkzeuge und Maschinen sehen können. Im einzelnen werden Tiefbau, Hochbau, Bahn- und Straßenbau, die Installation, Beleuchtung und Heizung, sowie Hygiene, ferner Garten-, Friedhof- und Raumkunst und endlich Baukunst und Wissenschaft zur Darstellung gelangen. Zur Durchführung aller dieser Pläne wurde am Dienstag

abend der „Berein Bauausstellung“ gebildet, zu dessen Gründern maßgebliche Persönlichkeiten aus allen Gebieten der industriellen Bauwirtschaft gehören. In Verbindung mit Architekten und Ingenieuren soll

ein Ideenwettbewerb für die Gestaltung des Geländes

und den Bau des in Verbindung mit der Ausstellung von der Stadt Berlin zu errichtenden großen Kongreßhauses ausgeschrieben werden. Man hat sich selbstverständlich mit Preußen und dem Reich wegen der Finanzierung des großen Planes in Verbindung gesetzt. Man darf hoffen, daß hier die verantwortlichen Stellen dem Projekt mit Sympathie begegnen werden. Die Ausstellung soll einen großen Strom neuer Ideen in das ganze deutsche Volk tragen und so der gesamten Volkswirtschaft dienen.

Oberbürgermeister Böhm besprach den Anteil Berlins an dem zu schaffenden Werk. Er wies darauf hin, daß der Gedanke einer Dauerausstellung von Berlin nie verkannt worden sei, er streifte kurz die Geschichte des Berliner Messewesens und betonte mit aller Deutlichkeit, daß die Stadt in enger Fühlungnahme mit den maßgebenden Industrien an diesen neuesten Plan herangeht. Berlin hat sich heute den Grund und Boden für die künftige Ausstellung gesichert.

Hundert Hektar Messengelände stehen zur Verfügung.

Berlin, das die Funkhalle errichtet hat, ist auch heute Besitzerin der beiden Autoausstellungshallen. Von Anfang an aber bestand der Plan, hier keine allgemeinen Ausstellungen, sondern nur Fachausstellungen zu veranstalten. Der Oberbürgermeister widersprach mit großer Schärfe den immer wieder auftretenden Gerüchten, in Berlin eine Weltausstellung zu veranstalten. Das läge unter keinen Umständen in Frage. Er wies auch darauf hin, daß der verlorene Geheimrat Klingenberg, dem die Stadt Pläne für das Großkraftwerk an der Oberspreewerden, noch zu seinen Lebzeiten an ihm mit dem Gedanken herangebracht sei, eine Dauerausstellung der Elektrizitätswirtschaft zu schaffen. Leider habe der Tod Klingenbergs diesen Plan nicht reifen lassen. Ueber die Finanzierung im einzelnen zu reden, sei nicht möglich. Sie erscheine aber gesichert. Der Oberbürgermeister schloß mit dem Wunsch, daß die Ausstellung ein fruchtbarer Anstoß für die deutsche Bauwirtschaft werden möge zu neuer Kraft und Blüte.

Selbstverständlich müssen zu allen diesen Projekten die in Frage kommenden Körperschaften noch endgültig Stellung nehmen. In Berlin wird die Stadiorbitorneerversammlung das letzte Wort zu sprechen haben. Man darf hier auf die Stellungnahme der Deutschnationalen, die ja bekanntlich den Berliner Messengeländen bisher aufs energichste bekämpft haben, gespannt sein. Die Stellungnahme der Sozialdemokraten und ihre Begründung haben wir in der gestrigen Morgenausgabe bereits bekanntgegeben.

Der internationale Pensionschwindler.

Vom amerikanischen Anwalt zum Zuchthäusler.

Ueber die Persönlichkeit dieses Pensionschwindlers steht anscheinend nur soviel fest, daß er in Riga 1885 als Sohn eines Kaufmanns geboren ist und Eugen Rieburg heißt. Alles andere ist zweifelhaft.

Entweder sagt er die Wahrheit; dann war er in Amerika als Anwalt tätig, bekam aber 1920 in Danzig für einen Diebstahl vier Jahre Gefängnis und bildete sich dann zum Pensionschwindler aus, was ihm sieben Gefängnisstrafen einbrachte. Sagt er aber die Unwahrheit, so stimmt das Strafregister, das dem Berliner Polizeipräsidenten aus dem Auslande zugegangen ist. Es zeigt ebenfalls sieben Vorstrafen aus den Jahren 1905 bis 1915, in Wien, Ugram, Graz, Zürich. Der Angeklagte bestreitet sie.

Dem Schöffengericht Charlottenburg präsentierte sich Herr Rieburg als mittelgroßer glattrasteter Gentleman. Von November 1926 bis Februar 1927, als er verhaftet wurde, zählte man 35 Gaunereien. Allerdings ist er nur in 19 Fällen geständig, von denen acht zur Anlage stehen. Immer wieder wechselte er den Ort seiner Tätigkeit. Bald war er in Berlin, bald in München, dann wieder in Stuttgart, Dresden, Leipzig, Hannover. Natürlich suchte er stets vornehme Pensionen auf. Er stellte sich hier insofern unter etwa fünfzehn verschiedenen Namen vor. Sie hatten aber ein ausgeklügeltes System, meint der Vorsitzende. No, ich hatte gar kein System. Sie kamen doch nicht etwa mit der Absicht, ein Zimmer zu mieten? No, das wollte ich nicht. Sie wollten leihen? No, ich nahm nur selten Sachen mit. Ich wollte nur ein Darlehen haben. Und die Darlehen erhielt er! Der Doktor aus New York imponierte! Er brühte sich so intelligent aus, er wußte von früheren Mietern zu erzählen und behauptete manchmal, selbst schon in der Pension gewohnt zu haben. Die Methoden waren sich stets sehr ähnlich. Er kam, um ein Zimmer zu mieten, spielte zuerst noch, nahm dann gleich ein Darlehen von 50, 100, 300 M. auf, stellte in einem Falle einen Scheck auf 300 M. aus, der natürlich nicht eingelöst wurde, ging und kam selbstverständlich nicht wieder. In anderen Fällen ließ er sich Zimmer zeigen, sah sich die Gegend an und verschwand mit fremden Koffern, oder er schrieb einen Anmeldebchein aus und nahm in Abwesenheit der Wirtin ihre Kassetten mit. Wie erklärte Sie das, daß man ihnen so ohne weiteres Darlehen gab? Des, weil man mich für einen seriösen Mieter hielt, für einen Doktor aus New York. Wahrscheinlich, das genügte den Leichtgläubigen!

Das Gericht verurteilte den raffinierten Schwindler zu 5 Jahren Zuchthaus und zu 5 Jahren Ehrverlust. Nach 5 Jahren beginnt das Spiel also wahrscheinlich von neuem.

Die Wienfahrt des Volkshors.

Der Berliner Volkshor, Berlins ältester und größter gemischter Arbeiterchor (M. d. A.S.B.), veranstaltet vom 10. bis 18. September eine Konzertreise nach Wien, deren Durchführung der auch in Arbeiterkreisen bestens bekannte Volksbildungsverein Urania in Karlsbad übernommen hat. Der Chor ist bereit, noch eine beschränkte Anzahl von Parteilosen an der Fahrt teilnehmen zu lassen. Die Gesamtkosten für Hin- und Rückfahrt III. Klasse mit Sonderzug, gute Hotelquartiere, erstklassige Verpflegung einschließlich eines Dampferausflugs in die Wachau und einer Tagesfahrt auf den Semmering betragen 100 M. Dieser Betrag muß spätestens am Freitag, dem 5. August, in der Chorprobe, Kappentstraße 76, Aula des Gymnasiums, abends 8 bis 10 Uhr, eingezahlt werden. Spätere Meldungen können nicht mehr berücksichtigt werden.

„Winter“ für die Berliner Straßenbahn.

Die technische Abteilung der Berliner Straßenbahn beschäftigt sich zurzeit, wie wir erfahren, mit der Frage der von der Öffentlichkeit und dem Preussischen Landtag im Interesse der Verkehrssicherheit geforderten Einführung von Richtungsanzeigern, den sogenannten „Wintern“, für die Straßenbahnwagen. Die Erwägungen, die von der Straßenbahn gemeinsam mit den zuständigen Aufsichtsbehörden über die bestmögliche Lösung der Frage zurzeit angestellt werden, sind noch nicht zum Abschluß gekommen. Die Angelegenheit bietet insofern Schwierigkeiten, als hier es stein Präzedenzfall

geschaffen werden muß, da noch keine Straßenbahn der West-Fahrtrichtungsanzeiger besitzt. Die Straßenbahn ist an ihre Gleise gebunden, die Kurven liegen oft sehr dicht nebeneinander, so daß beim Herausreden eines Wagens die Gefahr besteht, daß dieser infolge des geringen Abstandes abgefahren wird. Eine weitere Schwierigkeit soll auch die Beleuchtung des Fahrtrichtungsanzeigers bei Nacht bieten. Trotzdem glaubt die Leitung der Straßenbahn, daß es gelingen wird, eine brauchbare Lösung in absehbarer Zeit zu finden. Man wird versuchen, einen Anzeiger zu konstruieren, der einerseits die nötigen kleinen Abmessungen besitzt, um in Kurven von dem entgegengehenden Wagen nicht abgefahren zu werden, der andererseits aber auch deutlich sichtbar ist und somit seinen Hauptzweck erfüllt. Die Polizei hält den Winter-Arm für den besten Fahrtrichtungsanzeiger, und es ist das Bestreben der zuständigen Stellen, die jahrhundertlang bestehenden Systeme zu vereinfachen und obligatorisch einzuführen.

Schweres Flugzeugunglück bei Kassel.

Drei Tote, drei Verletzte.

Hannover, 27. Juli. (III.)

Heute nachmittag 2,25 Uhr mußte das Flugzeug D 203 zwischen Kassel und Gießen eine Notlandung vornehmen. Hierbei kamen zwei Passagiere, Bauer aus Hofgeismar und Kuhlmann aus Hannover, sowie der Bordwart Hylow ums Leben. Der Flugzeugführer Rudolf Doerr, Dr. Milch von der Wetterwarte in Frankfurt am Main und ein dritter Passagier wurden schwer verletzt. Nach der Landung wurde das Flugzeug durch Brand beschädigt. Die Notlandung des Flugzeuges soll auf Motorstörungen zurückzuführen sein.

Wie mitgeteilt wird, flog das Flugzeug in sehr geringer Höhe über einen Berggipfel. Plötzlich glitt es am Hange nieder und schlug auf der Landstraße auf. Es kam zu einer Explosion, und im Augenblick stand das Flugzeug in Flammen. Die Feststellungen über die Ursache des furchtbaren Unglücks sind noch nicht abgeschlossen. Rudolf Doerr gilt als einer unserer zuverlässigsten und erfahrensten Flugzeugführer.

Wie wir in späterer Abendstunde erfahren, ist auch der Flugzeugführer Doerr inzwischen seinen schweren Verletzungen erlegen. Auch Dr. Milch aus Frankfurt ist unter den Todesopfern. Der Kaufmann Kuhlmann aus Hannover ist entgegen den ersten Berichten bei dem Unfall nicht getötet, sondern nur verletzt worden.

Deutschlands stärkster Rundfunksender.

Der neue Deutschlandsender, der zurzeit in Königswusterhausen von Telefunken für das Telegraphentechnische Reichsamts gebaut wird, wird, wie wir erfahren, noch in diesem Jahre in Betrieb genommen werden. Der neue Großfunkender, der ausschließlich für die Verbreitung von Rundfunkdarbietungen Verwendung finden soll, wird der stärkste Rundfunksender in Deutschland sein und auch überall mit Wichtigkeit im Auslande gehört werden können. Er hat eine Telephonleistung von 35 Kilowatt.

Henko

Wasch- und Bleichsoda

macht hartes Wasser weich!

Die beiden Antennentürme haben eine Höhe von je 210 Meter. Der neue Zwischenfender in Köln, der im Herbst ebenfalls in Betrieb genommen wird, hat eine Telephonleistung von 4 Kilowatt, der neue Mainzer Sender eine solche von 0,5 Kilowatt. Mit der Fertigstellung dieser Stationen darf der Ausbau des deutschen Rundfunkfernnetzes als abgeschlossen gelten.

Urteil im Spritweberprozess.

Auch die Zollbeamten mit Gefängnis bestraft.

Gestern früh verkündete Landgerichtsdirektor Krüger das Urteil in dem Prozess, der sich mit den großen Spritdiebstahlungen des flüchtigen Apothekers Ruben beschäftigt und der das erweiterte Schöffengericht Weidung mehrere Monate in Anspruch nahm.

Es erhielten Hermann Weber 6 Monate Gefängnis und 60 000 Mark Geldstrafe oder weiter 60 Tage Gefängnis, Heinrich Weber 6 Monate Gefängnis und 20 000 Mark Geldstrafe oder ersatzweise 20 Tage Gefängnis, Dr. Kantrup 3 Monate Gefängnis und 5000 Mark Geldstrafe oder 2 Wochen Gefängnis. Das Verfahren gegen diese drei Angeklagten wegen Monopolhehlerei im Falle Ruben wurde vorläufig eingestellt, da nach die Auslieferungsbestimmungen für die aus der Tschechoslowakei ausgelieferten drei Angeklagten fortbestehen. Die drei angeklagten Zollbeamten, deren Freisprechung der Staatsanwalt beantragt hatte, wurden schuldig befunden der passiven Bestechung und in Tateinheit mit der Begünstigung der Monopolsteuerhinterziehungen des Ruben, und es wurden verurteilt Oberzollinspektor Wandersow zu 1 Jahr Gefängnis und 50 200 Mark Geldstrafe oder 30 Tagen Gefängnis, sowie zu einer Wertersatzstrafe von 40 000 Mark oder weiteren 20 Tagen Gefängnis, der Zollbeamte Endres zu 8 Monaten Gefängnis und 31 300 Mark Geldstrafe oder 16 Tagen Gefängnis, sowie weiter zu einer Wertersatzstrafe von 20 000 Mark oder 20 Tagen Gefängnis, der Zollbeamte Boesch zu 9 Monaten Gefängnis und 84 000 Mark Geldstrafe oder 42 Tagen Gefängnis, sowie einer Wertersatzstrafe von 40 000 Mark oder weiteren 20 Tagen Gefängnis. Den drei verurteilten Beamten wurde auch die Fähigkeit zur Befleidung öffentlicher Ämter auf zwei Jahre aberkannt. Auch die Angeklagten Salomy, Heinrichs und Hallmann wurden zu Gefängnis- bzw. Geldstrafen verurteilt.

Schwerer Verkehrsunfall Unter den Linden.

Unter den Linden, vor dem Hause Nr. 25, geriet um 15 1/2 Uhr ein Privatauto durch Unvorsichtigkeit beim Ausweichen auf den Bürgersteig der Mittelpromenade und fuhr zwei Personen an, die schwer verletzt wurden und in die Universitätsklinik Siegelstraße gebracht werden mußten. Die Verunglückten sind der 35 Jahre alte Reisende S. Zimmermann aus der Kleiststr. 37 in Charlottenburg, der einen linken Unterschenkelbruch davontrug, und die 34 Jahre alte Sekretärin Käthe Landsberg aus Südenstr. 39, bei der eine Beckenquetschung festgestellt wurde.

Unwetterkatastrophe am Mittelrhein.

Gestern mittag ging am Mittelrhein und besonders über der Bahnmündung ein schweres Unwetter mit Sturm und Wolkenbruch nieder. Der Gebäude- und Feldschaden ist sehr groß. Von dem Personendampfer „Kaiserin Friedrich“ riß der Sturm das Oberdeck ab und drückte die Veranda ein. Die Panik der Fahrgäste konnte nur mit Mühe durch die Schiffsbesatzung beruhigt werden.

Auch die Gemeinden der Bürgermeisterei Freudenberg im Saargrenzgau haben durch Wolkenbruch und Hagelschlag schwer gelitten. Die Ernte ist völlig vernichtet. — Hamburg ist gleichfalls von einem schweren Unwetter heimgesucht worden, nachdem schon den ganzen Nachmittag über eine brückende Schwüle über Hamburg gelagert hatte. Unenthalten waren die Straßen überschwemmt. Die Feuerwehr wurde von allen Seiten zu Hilfe gerufen.

Painlevé verbietet Ozeanflüge!

Paris, 27. Juli. (WZB.) Wie Hayas erfährt, ist der Kriegsminister entschlossen, die Genehmigung zu Ozeanflügen von Militärflugzeugen solange zu verweigern, bis diese mit den neuesten Einrichtungen, insbesondere solchen, die es ermöglichen, auf dem Ozean niederzugesinken, ausgerüstet sind.

Die schwedischen Journalisten beschäftigten am Mittwoch vormittag das Reichstagsgebäude unter Führung von Mitgliedern des Vereins der Parlamentsjournalisten und im Anschluß

Sommerliche Erfrischungen.

Wenn der Berliner oder ein Fremder sich in Berlin erfrischen will, dann bleibt im Grunde genommen nur das Restaurant oder das Café. Tut nämlich irgendwo ein neues Unternehmen seine Pforten auf, dann kann man sicher sein, daß es ein Bier- oder Weinrestaurant ist oder ein Café. Als ob es gar keine anderen Möglichkeiten der Bewirtung hungriger und Durstiger gibt.

Gehen in das eine Lokal 2000 Personen hinein, so propf das andere, ehe es überhaupt fertig ist, daß es 2500 Menschen beherbergen kann. Kleckert das eine Lugscafé drei Stockwerke in die Höhe, so hat das andere eine Ausdehnung, daß es schon ein ganz netter Spaziergang ist, wenn man seinen Bezirk umwandelt hat. Bekam man früher für 25 bis 30 Pf. eine Portionstasse guten Kaffees einschließlich Sahne und Zucker und selbstverständlich auch eines Glases Wasser, so heißt daselbe Getränk heute Rokka, wird in einem Könnchen mit einem Löffchen wie aus der Puppentische serviert und kostet in den neuesten Cafés 1 M. bis 1,25 M. ohne das Glas Wasser, das man sich fast immer fordern muß. Für ein Trinknäpchen Bier zahlt man in diesen modernen Lokalen einen Preis, für den man früher beinahe einen Syphon bekommen hätte. Dafür ist es dann auch ganz undenkbar, daß man seinen Kaffee oder sein Bier trinken kann, ohne daß einem nicht aus irgendeiner verstedten Ecke von einer vortrefflichen Kapelle heimtätlich der neueste Tanzschlager serviert wird. Was ist das alles doch im Grunde genommen anderes, als dieses fast krankhafte Bestreben des bürgerlichen Berliners nach Geltung? Er geht nicht etwa schlicht und hurtig in ein Lokal, um sich ohne viel Worte und Geize zu erfrischen, sondern er wählt das Lokal bedächtig und vorsichtig aus. Es muß ihm einen Rahmen geben, es muß seine Persönlichkeit heben. Wenn er dann so ganz beiläufig berichtet: „Ich gehe meistens in das L.-Café“, so muß man sofort wissen, daß dieses Café den modernsten Geiger, das modernste Tanzparkett und die modernste Ausstattung hat und daß dort besonders gern diese oder jene Prominenten verkehren, mit denen zusammen gehen zu werden dem Geltungsbedürfnis von Wert ist.

Die Cafetiers und Restaurateure aber kennen ihre Berliner und schmeicheln ihren Schwächen. Und so sehr sie in der Erreichung der erweiterten Vollzeitstunde fortschrittlich waren, bei der Er- und Einrichtung ihrer Lokale sind sie konsequent und kommen dem Geltungsbedürfnis der Berliner weitestens entgegen. So sehr sich Berlin bemüht, Amerika bzw. New York zu imitieren, in dieser Hinsicht bleibt es um 30 Jahre hinter ihm zurück. In New York gibt es über 150 Lokale, die weiter nichts aussprechen als eine

Orangeade genannte und aus Apfelsinensaft hergestellte, ungemein erfrischende Limonade. 20 Millionen Apfelsinen verbraucht New York im Jahr für diese Zwecke. In Berlin und in Deutschland schimpft die nationale Presse über zu große Apfelsinen- und Südrüchteeinfuhr und möchte am liebsten diesen Importartikeln durch hohe Zölle erdroffeln. Berlin und die Deutschen sollen sich an agrarischem Schnaps „erfrischen“. In Berlin wissen die meisten gar nicht, was Orangeade ist. Derartige Erfrischungshallen gibt es nicht. Eine besonders lebens- und schäpferwerte Einrichtung Kopenhagens, des nordischen Paris, sind z. B. die Fruchteller. äußerst saubere und anheimelnde Lokale, in denen es in der Erdbeerzeit „Jordbær met fløde“, d. h. Erdbeeren mit Sahne, portionsweise gibt. Ist die Erdbeersaison zu Ende, gibt es in diesen netten Lokalen „Röglørd met fløde“, d. h. Rote Grütze mit Sahne. Mit und jung, Männlein und Weiblein sind hier Kunden. Die Sehnacht nach Erfrischung findet hier ihre schönste Erfüllung. Früher gab es in Berlin Automatenrestaurants, in denen man sich schnell und billig erfrischen konnte. Man war nicht gezwungen, Bier zu trinken. Man bekam für seinen Groschen Limonade, Kaffee und Schokolade, was man wollte. Früher gab es eine Menge kleiner Milch- und Erfrischungshäuschen. Auch dort konnte man für ein paar Pfennige sich erlaben. Die Häuschen sind, bis auf ein paar entlegene, gleichfalls verschwunden. Ein alkoholfreies Restaurant, das den üblichen Trinkwalg ausschließt, soll es ja in Berlin irgendwo geben. Zürich mit seinen 200 000 Einwohnern hat etwa 12 alkoholfreie Restaurants, und zwar schon seit vielen Jahren. Auf dem Jülichberg aber erhebt sich ein großartiges alkoholfreies Volks- und Kurhaus.

Wenn man im Sommer erhit und ausgedörrt an Erfrischung denkt, so weiß man gar nicht, daß eine wahre Erfrischung, die auch die Nerven wohltuend anregt, von allen Früchten ausgeht. Obstsalaten, Obstsalatshalen, Kompotten, Limonaden oder reifes saftiges Obst erfrischen am meisten. Es ist merkwürdig, daß ein Biermillionenorganismus wie Berlin Wert und Bedeutung reichlichen sommerlichen Obstgenusses bisher so wenig ertannt hat. Es ist notwendig, daß nunmehr auch in Berlin zeitgemäße Erfrischungsgelagenheiten geschaffen werden: Fruchtrestaurants, alkoholfreie Restaurants, Milch- und Erfrischungshallen. Wenn das freie Unternehmertum keinen Unternehmungsgestalt hat, dann müssen die Kräfte des Gemeinlebens und der Kommune mobil gemacht werden und wieder einmal, wie in allen wahren Kulturfragen, bahnbrechend vorangehen. Die Arbeiterkulturorganisationen, die Jugend und die Wandverbände sollten diesen Bestrebungen ihre Unterstützung leihen.

daran eine Berliner Großbuchdruckerei. Den Nachmittag füllte eine Rundfahrt durch Berlin aus, und am Abend fand der offizielle feierliche Empfang der nordischen Redakteure durch den Reichsverband der deutschen Presse in den gastlichen Räumen der Deutschen Gesellschaft statt.

Nachwahlen im Freidenkerverband! Am Dienstag, dem 2. August 1927, 19 Uhr, finden für die Mitglieder des 6. Bezirks (Kreuzberg) in sämtlichen Räumen des Gewerkschaftshauses, Engelstr. 24/25, die Wahlen zur Unterbezirksleitung und der Bezirks-Generalsammlungsdelegierten statt. — Die Wahlvorschläge werden in der dazu festgesetzten Versammlung entgegengenommen. Das Mitgliedsbuch ist zur

Abstimmung vorzulegen. Mitglieder, die mit den Beiträgen über 3 Monate im Rückstande sind, haben kein Wahlrecht. Für die korrekte Durchführung der Wahl ist der Kontrollapparat gegenüber der vergangenen Wahl um das Sechsfache verstärkt. Jedes Mitglied muß seine Wahlpflicht erfüllen!

Volksfest in Biesdorf! In der zünftigen Karlsruher und Wiesdorfer Bienenstock findet am Sonntag, dem 31. Juli, ein Volksfest statt. Die Bienenstocker, die in heiligem Kampf um ihr Gelände liegen, werden sich also am dem Fest mit den die Bienenstock bedrohenden Gemalten humorvoll auseinandersetzen. Sie werden ihre kleinen und großen Sorgen in einem farbenprächtigen Festzug (Wolke: Bienenstock lebt um) zur Schau tragen. Für die Tanzlustigen gibt es einen Berliner Tanzplatz und eine ideale Volkstanzweise. „Hobe und höchste Herrschaften“ haben ihre Erfrischen angelegt. Anfang 14 Uhr, Ende nach Abklingen des Festes. Man fährt bis Karlsruher.

Funkwinkel.

Eduard Rüchtes Singpiel „Das Dorf ohne Glocke“, das am Abend als Sendespiel geboten wurde, stieß auf ein sehr belangloses Textbuch. Eine Kirche ohne Glocke scheint uns heute wirklich nicht „Das Traurige auf der Welt“, und ein Textbuch, das seine ganze Spannung aus der Frage und ihrer Lösung bezieht, ob eine Glocke für eine Kirche angeschafft wird oder nicht, kann uns nicht von der Notwendigkeit seiner drei Akte überzeugen. Aber für dieses verunglückte Textbuch bietet Rüchtes melodische ideenreiche Musik wenigstens einen angenehmen Gegenwert. Man hätte gut getan, die Sprechstellen weit mehr zu kürzen und nur die reizvolle Musik zur Geltung kommen zu lassen. Die Darsteller des Abends, soweit sie Gesangsrollen vertreteten, waren recht gut. Aber in den reinen Sprechrollen konnte keiner, selbst Arthur Krausnick nicht, zur Wirkung kommen. — Zwei medizinische Vorträge über die „Hygiene des Bergsteigens“ und „Das gesunde und kranke Herz“ behandelten wichtige Themen in klarer und anschaulicher Darstellung. — Rett plauderte Erna Arnhold über die neuen „Sommerfreuden im alten Berlin“.

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin.

heute, Donnerstag, 19 1/2 Uhr:
Vollst. beim Oberwälder Str. 10, Zimmer 11. „Kultur und soziale Front.“ — Schw. beim Lindenstr. 3. „Die Frau und der Sozialismus.“ — Heidenau: Das Heim bleibt bis einschl. 17. August geschlossen. — Wittenau: beim Kolonnenstr. 15. Arbeitsgemeinschaft. — Buchholz: Vorstandssitzung beim Gassenhof, 19 1/2 Uhr. — Reußstr. 17: Funkkonz. Sonntag 19 Uhr Kaiser-Friedrich-Str. 10, Bahnhof (Zeitungsdruckerei). Wichtige Tagesordnung.

Wetterbericht der öffentlichen Wetterdienststelle für Berlin und Umgegend (Nachb. verb.): Abkühlung, härtere Bewölkung, Neigung zu Gewittern, nach West drehende Winde. — Für Deutschland: Von West nach Ost fortschreitende Abkühlung mit Gewittern, nur in Süddeutschland weiterhin besser und warm.

Das Hauptprogramm des Wintergartens steht im Zeichen des Humors. Drei Meister des deutschen Humors, jeder in seiner Art ausgezeichnet, werden sich auf unserer ersten Spezialitätenbühne zusammenfinden, um das zu verbessem, was uns so bitter nützt — ungetrübte Heiterkeit! Otto Reutter, Rolf Weitzel und Oscar Gabe. Ein Franz meliorer erklaffiger Varietennummern umrahmt dieses auf humor eingestellte Programm des Wintergartens: „Bühne“ (in der Halle Kultur Actions) mit seinen „Acolos“, Carl, Dorothea, der Maxime-Sensationsakt mit seinen Ueberredungsstricks, Frau Rita, der Mann mit den Handflächen“ usw.



Es ist mit dem TABAK wie mit dem WEIN

Es sind nicht immer die besten Weine, die beim ersten Schluck bestechen. Naturreinheit und gute Lage sind erst dann verbürgt, wenn der letzte Schluck das hält, was der erste verspricht. So ist es auch bei der Zigarette. Man soll sie nicht nach dem ersten Zuge beurteilen, es ist viel wichtiger, auf den letzten Zug zu achten. Der letzte Zug einer Zigarette soll ebenso rein sein wie der erste, keinerlei Nachgeschmack darf auf der Zunge zurückbleiben. Dann waren die Tabake gut und ausgereift, dann ist die Zigarette auch bekömmlich. Wenn OVERSTOLZ heute die meistgerauchte deutsche Zigarette ist, so liegt es an ihrem ganz reinen und gesunden Geschmack, der sich während des Rauchens noch steigert. Ein höheres Lob kann es nicht geben, als wenn der Raucher von ihr sagt:

Der letzte Zug war der beste!



Kommunale Verschwendung / eine Legende

Von Stadtkämmerer Dr. Bruno Asch, Frankfurt a. M.

Seit der Stabilisierung der Währung wird in Deutschland ein heftiger öffentlicher Kampf gegen die angebliche, unverantwortlich verschwenderische Finanzwirtschaft der Gemeinden geführt. Immer wieder wird ihnen vorgeworfen, daß sie in erster Linie an der starken steuerlichen Belastung mit schuldig seien. Die schwierige Lage der deutschen Gesamtwirtschaft lände besonders bei den für die kommunalen Ausgaben verantwortlichen Stellen nicht das erforderliche Verständnis. Diese ständig wiederholten Angriffe, denen die Städte zunächst im Bewußtsein ihrer guten Sache wenig oder gar keine Gegenwehr zuteil werden ließen, haben sehr schnell dazu geführt, daß sich in wachsendem Maße auch

in den Parlamenten eine städtefeindliche Stimmung

entwickelte und daß alle gesetzgeberischen Maßnahmen auf dem Gebiete des Finanzausgleiches im Reich und in den Ländern unter weitgehender Vernachlässigung der von den Städten aufgestellten Forderungen zustande kamen. Die Hinweise der Städte auf die Fülle der ihnen neu zugewiesenen Aufgaben und die offenkundige Tatsache, daß sie in erster Linie die Träger der inneren Kriegslasten seien, blieben ebenso unbeachtet wie die Darlegungen, daß im Rahmen der deutschen öffentlichen Wirtschaft die Kommunen die geringste Steigerung der Ausgaben aufwiesen. Auch die im Spätherbst 1926 herausgegebene Denkschrift des Städtetages „Städte, Staat, Wirtschaft“, die an Hand eines umfangreichen Zahlenmaterials den Versuch einer Klarstellung unternahm, blieb in weiten Kreisen unbeachtet bzw. wurde allzuoft als eine Rechtfertigung von interessierter Seite und als nicht ausreichend beweiskräftig angesehen. Wirkliche Klarstellung sollte die Reichsfinanzstatistik bringen, die gelegentlich der Finanzausgleichsfrage des Jahres 1925 im Reichstag beschlossen worden war, um an ihrer Hand den Beweis für die Mißwirtschaft der Gemeinden führen zu können.

Die Städte haben keinen Augenblick gezögert, sich mit diesem Verfahren einverstanden zu erklären. Sie waren einverstanden, obwohl sie auf Grund vielseitiger früherer Erfahrungen mit vollem Recht darauf hinweisen konnten, daß eine derartige allgemeine Finanzstatistik Laufender von Gemeinden wegen der außerordentlichen Verschiedenartigkeit der örtlichen Verhältnisse nur einen sehr unzulänglichen Ueberblick würde bieten können und daß die Einordnung in ein allgemeines Schema notwendigerweise zu zahlreichen Fehlschlüssen führen müsse. Daß diese Auffassung berechtigt war, dürfte heute fast überall zugegeben werden. Trotzdem wird man aber

die Ergebnisse der Reichsfinanzstatistik

als wertvolles Hilfsmittel zur Beurteilung der finanziellen Verhältnisse der Länder und Gemeinden ansehen und ihrer vollen Auswertung mit Interesse entgegensehen dürfen.

Inzwischen sind die ersten amtlichen Veröffentlichungen in der Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“ vor einigen Monaten erfolgt und es ist sehr aufschlußreich, zu sehen, in welchem geringen Umfange sich bisher die Deffizientheit mit diesen ersten Zahlen bekräftigt hat und wie insbesondere an den Stellen, die sich als Auser im Streit gegen die Gemeinden hervorgetan haben, betretenes Schachweigen herrscht. Zeigen doch die bisher veröffentlichten Zahlen ein ganz anderes Bild als man erwartet hatte und sind doch insbesondere die statistischen Darlegungen des Deutschen Städtetages, die er auf Grund des ihm übermittelten Zahlenmaterials der ihm angeschlossenen kreisfreien Städte veröffentlicht hatte, in einer selbst die Kenner der Verhältnisse überrassenden Weise bestätigt worden.

Die geringste Steuererhöhung bei den Gemeinden.

Zunächst eine Tatsache. Während die Gesamtsteuereinnahmen des Reiches von 1913 bis 1926 von 1584 Millionen auf 4272 Millionen (nach Abzug der den Ländern und Gemeinden zugewiesenen Anteile an Reichsteuern) gestiegen sind, stiegen sie bei den Ländern von 827 auf 2412 Millionen und bei den Gemeinden von 1515 auf 3169 Millionen. Das heißt, einer Steigerung um 208,88 Proz. bei den Ländern steht eine solche bei den Gemeinden und Gemeindeverbänden von nur 109,2 Proz. gegenüber. In dieser Steuererhöhung der Gemeinden aber sind nicht weniger als 310,7 Millionen, das sind 9,8 Proz. des gesamten Steueraufkommens aus der Hauszinssteuer als Wohnungsbauanteil enthalten. Dieser Beitrag berührt das Gemeindebudget natürlich überhaupt nicht, sondern muß vollständig gesondert betrachtet werden, so daß die tatsächliche für die Beurteilung der Gemeindefinanzwirtschaft in Betracht kommende Steigerung der

steuerlichen Einnahmen nur 1345 Millionen, also 88 Prozent beträgt.

Eine sehr erhebliche Verschiebung ist allerdings in der Verteilung dieser Steuererhöhung auf die verschiedenen Steuerarten eingetreten. Während die Einkommensteuer 1913 etwa 52 Proz. des Steueraufkommens darstellte, ist ihr Anteil im kommunalen Etat 1925 auf 29 Proz. gesunken, die Grundvermögenssteuer, die seit 1913 fast 25 Proz. des Steuerbedarfes brachte, trägt 1925 nur noch 16 Proz., obwohl ihre absolute Summe um 134 Millionen Mark, das sind 33½ Proz., allein in den Kommunen gestiegen ist. Dazu kommt noch die sehr beachtliche Mehrleistung, die die Länder, die sie zum Teil, insbesondere Preußen, vor dem Kriege überhaupt nicht in Anspruch nahmen, gerade aus dieser Steuer jetzt ziehen. Relativ und absolut gestiegen ist der Anteil der Gewerbesteuer, die 1913 nur 10½ Prozent des städtischen Steuerbedarfes trug und jetzt 14,89 Proz. ausmacht. Die absoluten Zahlen sind 1925 471,8 Millionen gegen 160,2 Millionen im Jahre 1913.

Die Städte tragen fünffache Wohlfahrtslasten.

Berücksichtigt man nun die Tatsache, daß der städtische Etat der Nachkriegszeit in seiner absoluten Höhe in erster Linie und in ganz entscheidender Weise durch die Wohlfahrtslasten bestimmt wird, die durch Gesetz den Gemeinden auferlegt sind und deren ordnungsgemäße Erfüllung ihre selbstverständliche Verpflichtung ist, so zerflattert das Märchen von der Verschwendungssucht der Gemeinden sofort. Überall haben sich die Lasten des Wohlfahrtswesens im Jahre 1925 gegenüber 1913 etwa vervielfacht. Die Sozialtatsachen machen im allgemeinen 35 bis 40 Prozent des Gesamtfinanzbedarfes der Gemeinden aus, das Mehr pro Kopf der Bevölkerung mindestens 20 Mark. Im Jahre 1913 gaben die deutschen Gemeinden im Durchschnitt etwa 5 bis 6 Mark für soziale Zwecke, auf den Kopf der Bevölkerung gerechnet, aus, 1925 etwa 24 bis 28 Mark. Das Steueraufkommen der Gemeinden betrug nach der Finanzstatistik 1913 je Kopf 26,87 Mark, 1925 ohne Wohnungsbauanteil etwa 47 Mark, d. h. die gesamte Mehreinnahme an Steuern wird mindestens durch die Steigerung des Wohlfahrtsbedarfes in Anspruch genommen, wobei noch darauf hingewiesen sei, daß im Jahre 1925 diese fürsozialen Aufwendungen infolge der riesenhaften Arbeitslosigkeit mindestens um 50 bis 60 Proz. über denen von 1913 lagen.

Die Behauptung, die von den Vertretern der Städte immer wieder aufgestellt wurde, daß in den Gemeindeverwaltungen sehr sorgsam verfahren werden muß, wenn man bei der gegenwärtigen Gestaltung des Finanzausgleiches überhaupt durchkommen will, wird durch diese Zahlen voll bestätigt. Die Gemeindefinanzwirtschaft wird heute in erster Linie

durch eine Belastung der kommunalen Betriebe

aufrechterhalten, die diese auf die Dauer nicht aufbringen können, wenn sie technisch auf der Höhe bleiben und in ihrer Tarifgebahrung die Interessen der Konsumenten in ausreichendem Umfange wahren sollen. Ferner dadurch, daß wichtige Aufgaben der Gemeinde in kultureller Beziehung nicht genügend erfüllt werden und daß man insbesondere auf dem Gebiete des Straßenbaus und der Straßenunterhaltung sich eine wirtschaftlich kaum mehr vertretbare Zurückerhaltung auferlegt. Die durch die Inflation befreitigten Zinslasten treten in nicht unerheblichem Umfange sehr schnell als fühlbare Belastung wieder in Erscheinung, weil vielfach unter dem Zwang der Verhältnisse Ausgaben auf den außerordentlichen Etat, also auf Anleihe zu den heute üblichen sehr hohen Zinssätzen genommen werden, die ihrer Art nach aus laufenden Einnahmen bezahlet werden sollen.

Diese Ausführungen sollen nicht sagen, daß jede Ausgabe der Gemeinden in den letzten Jahren unbedingt notwendig war und daß das Prinzip der wirtschaftlich richtigen Sparsamkeit sich in den Gemeindeverwaltungen bereits restlos durchgesetzt habe. Aber sie beweisen, daß die generellen Angriffe absolut falsch und unberechtigt gewesen sind. Sie beweisen auch, daß in Wirklichkeit die Gemeinden zurecht infolge der Bestimmungen über den Finanzausgleich, die sich zudem seit dieser Statistik dauernd zu Ungunsten der Gemeinden verändert haben, in außerordentlich schwieriger Lage sind. Immer wieder erweist sich bei eingehender Betrachtung gerade vom finanziellen Standpunkt aus das Problem der Gemeindeverwaltung und der Verfassung als die große Frage, der der deutsche Steuerzahler endlich einmal frei von Sentimentalitäten die ihrer Bedeutung entsprechende Aufmerksamkeit zuwenden sollte.

Rationalisierung gegen Schängel.

Auflehnung des Großhandels gegen den Postwucher.

Eine Wirkung hat der Herr Postminister bei der Erhöhung der Postgebühren sicher weder vorausgesehen noch erwartet, daß er nämlich den deutschen Handel zu einer volkswirtschaftlich durchaus beachtlichen Rationalisierung des Verkehrs mit den Kunden bringt. Der Reichsverband des deutschen Groß- und Ueberseehandels hat seinen Mitgliedern ein Zirkular zugehen lassen, in dem ausgeführt wird, auf welche Weise den Gebührenerhöhungen durch Ersparnisse begegnet werden kann. Da die Anregungen für jeden Kaufmann und zum Teil auch für Privatleute Nutzen stiften können, teilen wir sie ausführlicher mit.

Der Verband schlägt vor, Rechnungen in Zukunft nicht mehr gefordert durch die Post zu versenden, sondern sie den Waren sendungen jeder Form einfach beizufügen. Zu dem Zweck ist nur erforderlich, daß sie in einem offenen Briefumschlag beigelegt werden, weil geschlossene Briefe mitzufinden nicht zulässig ist. Brieferscheine sollen nicht mehr verlangt, an deren Stelle soll sofort Rechnung erteilt werden. Auf besondere Empfangsbestätigungen bei Zahlungüberweisungen soll allgemein verzichtet werden. Die Verwendung von Druckmaschinen soll dadurch in höherem Maße möglich gemacht werden, daß die Streichungs-, Unterstreichungs- und Zulagerlaubnisse mehr als bisher ausgenutzt werden, wobei auf die erlaubten fünf Worte zu achten ist. Eine Beschleunigung und Vereinfachung von Postschicküberweisungen auf das Bankkonto soll durch die Verwendung von Postbarschecks erfolgen, und zur Ersparnis von Gebühren bei Postschickauszahlungen sollen die Kunden der Reichsbank beim Abheben größerer Postschickguthaben Reichsbankschecks verwenden, wobei nur ein Zehntel der Postgebühren entfällt. Weitere Maßnahmen zur Vereinfachung des durch die Erhöhung der Postgebühren verteuerten Zahlungs- und Paketverkehrs werden vom Reichsverband des deutschen Groß- und Ueberseehandels noch eingeleitet.

Der Herr Reichspostminister wird sich über dieses Vorgehen des Handels, das sicher in weitesten Kreisen beachtet werden wird, kaum freuen können. Daß Handel und Industrie ihre Spesen für den Kunden- und Zahlungsverkehr zu verringern suchen, ist in jeder Hinsicht erstreblich. Traurig ist nur der Umstand, und traurig sind möglicherweise auch die Folgen für die Reichspost. Denn wenn die Reichspost bei ihren Gebührenerhöhungen, wie wir leithin in einzelnen Fällen nachweisen konnten, manchen Rückgang des Verkehrs einkalkuliert haben wird, so können die Abwehrmaßnahmen doch sehr fühlbar werden. Die Reichspost hat jedenfalls das Kunststück fertig gebracht, die Kunden, von denen sie lebt, entweder davon zu jagen, oder sie dazu erzogen, sparsamer mit Aufträgen zu sein.

Das russische Petroleum.

Sowjetrußland schränkt seine Käufe in England weiter ein.

Im Zusammenhang mit dem Abbruch der Beziehungen zu England übergeben die wirtschaftlichen Sowjetorganisationen ihre Bestellungen auf Heringe an andere Länder. Größere Bestellungen sind jetzt von den Sowjetorganisationen an Norwegen gegeben; die norwegischen Fischhändler gewähren den Sowjetorganisationen einen einjährigen Kredit. In der letzten Zeit sind viele Angebote auf Heringe aus Holland, Island, Dänemark, Deutschland und anderen Ländern eingegangen.

Im englisch-holländischen Petroleumkrieg gegen Rußland winkt die Londoner „Financial Times“ selbst ab. Sie läßt sich aus New York berichten, daß das Gerücht von einem drohenden Petroleumkrieg gegen Rußland übertrieben ist, wobei darauf hingewiesen wird, daß nicht viel Aussicht auf einen wirklichen Kampf besteht, da Rockefeller 25 Prozent des Kapitals der beteiligten Gesellschaften in Besitz hat. In Washington wird die Bedeutung des Waffenstillstandes zwischen der Royal Dutch und der Standard Oil Co. allgemein mit größtem Interesse verfolgt. Man glaubt, daß

das russische Öl lediglich einen Vorwand bildet, und daß in Wirklichkeit der Konkurrenzkampf zwischen der englischen und der amerikanischen Oelgesellschaft nunmehr begonnen habe, der die Frage des Handels mit Rußland oder gar die Anerkennung der Sowjetregierung durchaus nicht berühre.

Die New Yorker „World“ beschäftigt sich mit der Frage der Handelsmoral gegenüber Rußland und erklärt, es könne nicht unmoralischer sein, von Rußland Petroleum zu kaufen, als Rußland Baumwolle zu verkaufen. Es sei ja auch in Amerika niemandem eingefallen, zu protestieren, als die russische Regierung den Ertrag der von ihr beschlagnahmten Kronjuwelen zum Ankauf landwirtschaftlicher Maschinen in Amerika verwandt habe.

Wie man sieht, verstehen es die Kapitalisten selbst ganz ausgezeichnet, die politischen Kantinen gegen Rußland aufzuklären.

Der Güterverkehr der Reichsbahn.

Die arbeitstäglige Wagensstellung der Reichsbahn hält sich weiter auf sehr hoher Höhe. In der Woche zum 16. Juli ist die arbeitstäglige Wagensstellung wieder von 149 100 auf 150 400 angewachsen. Seit Anfang Mai ist folgende Entwicklung zu verzeichnen:

Tabelle: Wagensstellung seit Mai. (In 1000 Stück)		Durchschnittlich pro Arbeitstag		
Woche	wöchentlich	1927	1928	
1. 5.—7. 5.	800,0	741,8	148,3	128,6
8. 5.—14. 5.	901,8	656,2	150,3	131,2
15. 5.—21. 5.	908,7	756,2	150,6	130,0
22. 5.—28. 5.	792,3	680,7	158,5	129,1
29. 5.—4. 6.	907,0	721,7	151,2	120,8
5. 6.—11. 6.	746,6	762,7	149,3	127,1
12. 6.—18. 6.	866,6	768,8	144,1	127,3
19. 6.—25. 6.	902,6	761,5	150,4	126,9
26. 6.—2. 7.	886,1	748,1	147,7	123,8
3. 7.—9. 7.	804,6	758,5	149,1	126,4
10. 7.—16. 7.	802,4	774,8	150,4	129,1

Diese 11 Wochen seit Mai zeigen nicht nur die höchsten Ziffern dieses Jahres, sondern gegenüber den durchaus günstigen Monaten März und April noch eine Steigerung. Die letzte Wagensziffer zum 16. Juli, die für die Zeit seit Anfang Mai keineswegs die höchste ist, liegt um nur etwa 7000 Wagen unter der Rekordziffer der besten Kohlenstreifenkonjunktur und des gleichzeitigen Weihnachtsverbandes vom November 1926 und ist um 13 000 Wagen höher als der beste Monatsdurchschnitt des Jahres 1925 (Oktober 1925 mit 137 600 Wagen). Interessant ist, daß sich die letzten großen Beförderungen auf dem Arbeitsmarkt kaum in einer Erhöhung des Wagensverkehrs der Reichsbahn abgezeichnet haben.

Ein Nachschlagewerk für in Deutschland gehandelte Auslandsanleihen hat die Deutsche Bank zurechtgemacht. In der Vorkriegszeit ist von Rentnern und oft auch von kleinen Leuten viel Geld in festverzinslichen Auslandsanleihen angelegt worden: österreichische, ungarische, türkische griechische, bulgarische Staats-, Eisenbahn- und Industrieanleihen aller Art. Krieg und Inflation haben das Schicksal dieser ausländischen Anleihen stark beeinflusst, so daß sich heute nur noch die wenigsten ausfinden und mancher, auch für die Volkswirtschaft nie vollkommener Verlust entsteht. Diese Lücke soll das Handbuch ausfüllen. Es berichtet über 380 an deutschen Börsen ehemals aufgelegte festverzinsliche Anleihen aus 31 Ländern und gibt von den Anleihen jedes Landes, was besonders für die österreichischen Nachfolgestaaten wichtig ist, die für die Behandlung der Anleihen getroffenen Bestimmungen bekannt. Dann wird für jede einzelne Anleihe noch das Erforderliche, auch die letzten Kurse, mitgeteilt. Das Werk soll laufend ergänzt werden.

Der Druck auf die Reichsbank wächst weiter. Der Ausweis der Reichsbank vom 23. Juli zeigt eine merkwürdige und besonders auffällige Erscheinung. Die gesamte Kapitalanlage (Wechsel und Schecks, Lombarddarlehen und Wertpapiere) ist zwar um 39,9 auf 2406,1 Millionen zuzunehmen gegangen. Dabei ist aber der Bestand an Wechseln, was für die 3. Monatswoche ein seltenes Ereignis ist, um 51,9 auf 2288,5 Millionen angewachsen. Die einzige Entlastung der Reichsbank liegt in dem Rückgang der Lombarddarlehen, die wegen des ruhigeren Börsengeschäfts und der höheren Lombardzinsätze um 91,3 auf 25,2 Millionen Mark abgenommen haben. Die Bestände an Wertpapieren liegen fast gleich. Wenn es auch wahrscheinlich ist, daß die Banken nur eine Verschiebung in der Kreditbeanspruchung vorgenommen haben, wobei der niedrigere Diskontsatz eine Rolle spielt, so ist doch der gestiegene Wechselbestand ein Symptom des Drucks, der auf der Reichsbank weiter lastet. Obwohl wir inzwischen eine Diskontermäßigung bekommen haben, sind die Wechselbestände am Ende der 3. Juliwoche die höchsten dieses ganzen Jahres zum entsprechenden Zeitpunkt; sie übersteigen die vom 23. Januar um nicht weniger als 909 Millionen Mark. Auf dem Girokonto der Reichsbankkundschaft ist eine Zunahme der Einlagen um 67,7 auf 814,1 Millionen erfolgt, was als Vorbereitung für den bevorstehenden Monatsabschluß angesehen werden darf. Der Umlauf an Reichsbanknoten hat sich um 135,2 auf 3383,1 Millionen, derjenige an Rentenbanknoten um 16,6 auf 949,3 Millionen verringert. Die Gold- und Devisenbestände haben sich, soweit sie zur Deckung des Notenumlaufs in Frage kommen, nicht wesentlich verändert. Die Goldbestände verringerten sich um 424 000 auf 1801,1 Millionen Mark, die Bestände an deckungsfähigen Devisen erfuhr die kleine Vermehrung von 1,3 auf 97,5 Millionen Mark. Die Deckung der umlaufenden Noten durch Gold verbesserte sich von 31,2 auf 33,2, diejenige durch Gold- und deckungsfähige Devisen zusammen von 53,9 auf 56,1 Proz. Die nächsten 14 Tage werden wohl die Entscheidung darüber bringen, ob die Reichsbank noch mit dem jetzigen Diskontsatz auskommen kann und ob nicht unter Umständen, wenn keine Diskonterhöhung stattfindet, andere Mittel zur Kredit einschränkung zur Anwendung kommen werden.

Immer feste druff! Die gute Konjunktur in der Textilindustrie steigt den Unternehmern und ihren Arbeiterverbänden bereits in den Kopf. Die Tuchfabrikantenverbände von Mühlentbach und Forst (Sauffig) sowie der Verband der Fabrikanten halbwollener und wollener Stoffe in Berlin haben unter Hinweis auf die erhöhten Rohstoffpreise, auf erhöhte soziale Lasten sowie auf die Veränderung ihrer Verkaufsbedingungen die Preise ihrer Fabrikate um 10 bis 15 Proz. erhöht, nachdem bereits vor zwei Monaten eine Preissteigerung um 5 bis 8 Proz. erfolgt ist. Der besseren Beschäftigung des Textilgewerbes folgt also wieder die Preissteigerung auf dem Fuße, die auf die Dauer zu einem Rückgang des Absatzes führen muß.

Als Leiter des neuen preußischen Elektrizwerks soll Generaldirektor Frank von der Braunkohlenindustrie A.-G. Zukunft in Weikweiler in Frage kommen. Er ist in den Vorstand der Preussischen Kraftwerke Oberweiler A.-G. eingetreten und soll auch für die Leitung des Gesamtunternehmens in Aussicht genommen sein. Wahrscheinlich dürfte aber Frank nur die technische Generaldirektion übernehmen, so daß über den kaufmännischen und juristischen Generaldirektor wohl noch zu bestimmen sein wird.

130 neue Koksöfen des Ruhrkohlenwerks. In New York ist jetzt die große 30-Millionen-Dollar-Anleihe der Vereinigten Stahlwerke, über die wir kürzlich ausführlich berichteten, aufgelegt worden. Die Anleihe läuft 20 Jahre, wird mit 8,5 Proz. ausgegeben, die tatsächliche Verzinsung beträgt 6½ Proz. Ein Teil der Anleihe dürfte zu weiteren Ausbauten Verwendung finden. So wird jetzt mitgeteilt, daß auf der Zeche „Hansa“ bei Dortmund eine neue Kokererei errichtet wird, die mit 130 großen Öfen ausgestattet werden soll. Die Kosten werden auf etwa 12 Millionen Mark berechnet, der Betrieb soll im April nächsten Jahres aufgenommen werden. Die Anleihe wurde bereits überzeichnet.

Licht und Dunkel.

Von Henry Barbusse.

Louise Doret schob den Kiesel vor das schwere Gartentor. Draußen herrschte tiefe Finsternis, da sie ins Haus zurückkehrte. Man sah nichts mehr, nicht einmal den Himmel. Ihre kleine Gestalt mit ihrer auf dem nachdunkelnden Hintergrund hin- und herzogenen Laterne schien wie auf dem Meer zu schaukeln.

Ihre Füße spürten den Kies der Hauptallee wieder unter sich, und während sie vorwärts eilte, unterschied die Frau des Wächters undeutlich, wie das unbewegliche Phantom dieser Allee zwischen den ganz schwarzen Rasenflächen entwand.

Sie ging an einer dunklen Mauer entlang, das Licht im Gartenhaus war erloschen; dort schlief ihre alte Mutter, das einzige menschliche Wesen, das sich außer ihr in diesem Augenblick auf dem Gut befand; Etienne Doret war auf seinem Rundgang bis zum Morgen unterwegs; er hatte sogar Rolf mit sich genommen. In Gedanken kreuzte sie die Bilder der Dinge: die Weiden, die aussahen, als trüben sie, die aufrechten Pappeln, die mitten im Tanz erstarren blieben. In der eifigen Dunkelheit stolperte sie gegen die erste Türschwelle, die breit war, wie ein Grab. Sie erklomm die Steinstufen, betrat das Haus und verriegelte sogleich die Tür. Sie atmete erleichtert auf, jenseits von so viel Nacht, so viel Kälte und so viel Einsamkeit zu sein.

In der Küche bemerkte sie den Revolver, den Etienne zurückgelassen hatte und ergriff ihn. Er war nicht geladen, die Patronen befanden sich in der Kassa im Speicher. Sie würde dann hinausgehen. Sie war nicht ängstlich, aber in ihrem düstigen Alleinsein war sie von einem großen und stolzen Verantwortungsfühl erfüllt.

In der einen Hand die Laterne, in der anderen die leere Waffe haltend, drückte sie die Tür zum Speisezimmer auf und trat ein. Sie stieß einen heiseren Schrei aus.

Eine Gestalt, halb über den Tisch gebeugt, hatte sich aufgerichtet und stürzte ihr entgegen.

Undeutlich nahm sie im grellen Schein der Blendlaterne, die sie vorstreckte, ein durchsuchtes, verwittertes Gesicht wahr, Bart und Hals in tiefem Schatten, mit starrendem und schielendem Blick, der Mund schief, wie durch ein Gitterfenster verzerrt.

Louise Doret brüllte: „Zurück!“ und schwang Laterne und Revolver zugleich. Der Mann wich mit einem Satz zurück; trotzdem machte er Miene, die Hand auszustrecken und brummte:

„Keine Angst... Keine Angst... Ihr Mann schläft mich. Ich werde Ihnen erklären...“

Er wiederholte unter derbem Lachen: „Keine Angst!“ Er schien an sich herumzutasten.

„Hände hoch!“ schrie die Frau. „Hände hoch oder ich schieße Sie nieder!“

„Oh!“ murmelte er schauernd. Er sah sie wie ein Tier an, das in die Falle geraten war und gehorchte dann augenblicklich...

Jetzt hatte er mit seinen erhobenen Händen ein so bestürztes, so unbegreifliches Aussehen, daß Louise Doret eine Sekunde lang die Empfindung hatte, daß sie sich täusche, daß die unwahrscheinliche Geschichte, die der Mensch unter phantastischem Augenroßen hervorbrachte, um sein nächstliches Eindringen zu erklären, vielleicht Wahrheit war.

Aber im selben Moment entsetzte sie der bestialisches Ausdruck dieses Gesichts und die böse Absicht des Eindringlings schien ihr so klar, daß sie fast aufgeschrien hätte.

Mit einer heroischen Anstrengung raffte sie sich auf, wich langsam zurück, lehnte sich mit dem Rücken an die gemauerte Mauer und blieb hart, aufrecht, regungslos, völlig regungslos, aber in höchster Anspannung und auf dem Sprung, ihn, wenn es sein müßte, mit ihren Händen zu töten...

Rach kurzer Zeit ließ der Mann die Arme ein wenig sinken und begann neuerdings unzusammenhängend seine Geschichte von dem Missetat, den ihm der abwesende Wächter gegeben hatte. Mit einer breiten, pappligen Stimme stotterte er:

„Schauen Sie, Frau Doret, schauen Sie... Ich kenne Doret, deshalb bin ich gekommen...“

Wie im Traum vernahm sie Worte, sie verstand nichts, gar nichts. Sie begriff nicht. Und sie rührte sich nicht, mit starrem Blick und fest aufeinandergebissenen Zähnen.

Im Schuß dieser Stille versuchte er, einen Schritt auf sie zuzugehen. Plötzlich machte sie eine gebieterische Bewegung:

„Keinen Schritt näher!“

Er hielt inne, wartete zurück, leuchtete.

Außer sich dachte sie daran, daß sie allein, ganz allein diesem Banditen gegenüber war. Keine Hilfe möglich; niemand, der sie zusehen würde: Nachbarn gab es keine, dieser leere Revolver war ihre einzige Waffe... Unmöglich, Patronen von oben zu holen. Sollte sie zur Zimmer- und dann zur Haustür springen, sie im Nu beschließen, den Mann einsperren? Er würde durch das Fenster entkommen, und ganz nahe war das Gartenhaus, wo die alte Frau schlief...

Wiso was denn, was? ... Das Licht zitterte in der Hand der Frau. Sie war im Begriff, schwach zu werden, zu stöhnen: „Töten Sie mich!“

Jetzt begann er sich vor dieser bewaffneten Statue, die ihn lähmte, zu regen. Er sträubte sich, stammelte einen Fluch, schmeuberte wilde Blöcke um sich und schien wie ein Raubtier zum Sprung auszuholen. Sie drückte sich in die Ecke des Käfigs hinein, wo sie stand.

Nun aber wurde der Mann von einem Hustenanfall gepackt. Verwunderung! Zum zweitenmal erschien es Louise Doret, daß sie einen lächerlichen und ungeheuren Irrtum begehe... Wie denn? Das sollte ein Verbrecher sein, dieser klägliche Mensch, der da mit tränenden Augen schmauchte? ...

Aber das seltsame Wesen veränderte sich. Die Eingebung hielt nicht stand und im Augenblick erschien das verwüstete und unheilvolle Gesicht von früher, die schrecklichen tierischen Backen — die eine abscheulich kleiner als die andere —, das Kinn dem Ganzen wie ein riesiges, vieredriges Stück eingefügt. Von neuem erkannte sie den Mörder...

So verstrichen Stunden. Der Mann blieb auf seinem Platz, gehäutert, ohne Sprache und Bewegung der Frau gegenüber, die eine Scheinwaffe umflammernd, zitternd in Unbeweglichkeit verharrte; die sich bald „Ja!“, bald „Nein!“ sagte und nicht wußte.

Und der Tag kam heran, nach und nach wurde er langsam auf unsichtbaren Wegen sichtbar. Nun war wirklich ein Dröckel im Zimmer. Beim Erscheinen dieser Hölle fühlte die Frau Tränen in ihren Augen und der Mann, bewegt beim Anblick des armfertigen Scheins, grinst oder lächelte.

Ein wenig später verließ Louise bei Tagesgrauen, rückwärts schreitend, das Zimmer, das Haus und quer durch den dümmrigen Garten, der erwachte, ging sie daran, das Gartentor zu öffnen. Der schreckliche Besucher schleifte sich hinter ihr drein, dann überholte er sie und ging, den Kopf beschämt gesenkt, die besiegten Füße geballt, von dannen, ohne den Revolver aus dem Auge zu lassen.

Louise kehrte zurück, fiel auf ihr Bett und schlief ein. Sie erwachte sehr spät, rieb sich die Augen und mit begeistert erhobenen Armen sang sie ganz laut:

„Ich werde es erfahren. Etienne wird es mir sagen...“

Zwei Stunden später brachte man ihr Etienne auf einer Bahre. Ein Schlaganfall hatte den Wächter auf offenem Feld bei seinem Rundgang zu Boden geworfen. Er lebte, aber er hatte das Gedächtnis verloren.

Sie selbst konnte sich nicht mehr klar daran erinnern, was der unheimliche Eindringling gesagt hatte; nicht einmal seiner Züge konnte sie sich mehr entsinnen; da sie ihn angesehen, hatte sie zu viel geforscht, am Grunde seiner Augen nur zu lesen, was er dachte, was er wollte. Für immer blieb ihr unbekannt, was sich in dieser Nacht ereignet hatte. (Autorisierte Uebersetzung von Walter Krimm.)

Zwei Austritte.



So trat am 25. April 1925 Erich Schulz aus dem Reichsbanner aus.



So trat am 25. Juli 1927 Wilhelm Marx aus dem Reichsbanner aus.

Die Schule der chinesischen Revolution.

Der gewaltige Befreiungskampf der chinesischen Industrie- und Handelsproletarier gegen die imperialistische Ausbeutung und ihre nordchinesische Bulldogge unterscheidet sich nicht nur in den Ausmaßen von früheren revolutionären Ereignissen in China. Was so völlig überraschend anmutet, überraschend im Gegensatz zu dem Bilde, das man bis vor kurzem von China und den Chinesen in Europa kannte, ist die überaus zähe und zielbewußte Arbeit, die in der Führung der südchinesischen Volksarmeen nicht nur, sondern im Geiste ihrer Truppen überhaupt deutlich wird. Es sind nicht mehr undisciplinierete Kriegerhaufen, die von irgendwelchen Schlagworten vorübergehend zur Vereinigung und zum Kampfe gegen einen als gemeinsam empfundenen Feind aufgeführt wurden, sondern ganz deutlich läßt sich aus den verschiedenen Abschnitten des bisherigen Kampfes des chinesischen Südens gegen den Norden die nachhaltige Wirkung eines immer erneuten, bewußten und in den kämpfenden Massen lebenden Gefühls von der unbefriedigten Gerechtigkeit und absoluten Notwendigkeit ihres Ringens erkennen. Hier wurden Ideen lebendig und formten einen kämpferischen Willen, den latente Rückschläge nicht mehr zur Ergebung leiten können.

Fast möchte man an die Wiederholung jener Ereignisse glauben, die einst der großen französischen Revolution ihre unwiderstehliche Gewalt gegen die feudalen Feinde im Lande und ihre Klassengenossen in ganz Europa verleihen haben, an die Verschmelzung aller individuellen Empfindungen von Rot, Entbehrung, verwegener Menschenwürde und Rachedurst zu dem einen großen Gefühl, das ein Klassenbewußtsein zu bilden vermag und den Impuls gibt zur gemeinsamen Erhebung gegen die persönlichen Bedrückter nicht nur, sondern gegen ihre ganze Klasse. Goethe, der Schlachtenbummler in den Kämpfen der europäischen Reaktion gegen die französischen Revolutionsarmeen, mag dies dunkel geahnt haben, als er den Gedanken niederschrieb: „Von hier beginnt eine neue Epoche der Geschichte und wir können sagen, daß wir dabei gewesen sind.“

Diese imponierende Bewußtheit der chinesischen Kuomintang-Bewegung empfand nicht nur militärisch ihre härtesten Antriebe aus Whampoa. Whampoa ist eine kleine chinesische Landstadt und liegt etwa zwei Bestunden von Kanton entfernt. 1924 begründete hier Sun-Yat-Sen die Kriegsschule der Kuomintang-Partei, eine Einrichtung, die heute die Moskauer chinesische Universität an unmittelbarer Bedeutung für die jetzigen Kämpfe in China weit überholt hat. Ursprünglich war die Whampoaer Anstalt nichts weiter als eine Offizierschule nach amerikanischem Muster. Sun-Yat-Sen hatte

einen amerikanischen Major mit ihrer Leitung und Einrichtung betraut. Nach Sun-Yat-Sens Tode jedoch kam Whampoa unter russische Führung und seitdem begann der Aufstieg dieser Schule zu der zentralen Bedeutung, die sie heute für die Kuomintang-Bewegung besitzt.

Was diese Kriegsschule so bedeutend von anderen unterscheidet, ist die eigenartige Verbindung von militärischer Erziehung mit politischem Training. Die Jünger, die natürlich sämtlich Mitglieder der Kuomintang-Partei sein müssen, sollen nicht nur kämpfen lernen mit der Waffe in der Hand, sondern auch wissen, weshalb und wofür sie kämpfen müssen. Nicht ohne Absicht ist über dem Portale des Schulgebäudes mit großen goldenen Lettern die Inschrift angebracht: „Wer Reichtum oder Macht sucht, braucht nicht herein zu kommen“. Bei der traditionellen Art der chinesischen Bandenkriegsführung, die jedem „General“ unter der Flagge des Kampfes für eine ideale Aufgabe die Gelegenheit zur persönlichen Bereicherung gewährt ist, entbehrt gerade dieses Motto nicht der tieferen Bedeutung für die chinesische Revolution.

Die militärische Ausbildung der Jünger obliegt in der Hauptsache russischen Offizieren und Sergeanten. Sie umfaßt alle Sparten des Waffenhandwerks, vom Turnen und Fechten bis zum Umgang mit Gasgranaten und Feldtradio. Gegenüber der politischen Ausbildung aber scheint sie fast in den Hintergrund gerückt. Das zeigt sich z. B. am klarsten in dem immer wiederholten Befehl, daß der Gehorsam gegen die Befehle und Wünsche der Partei der disziplinarischen Unterordnung unter die Befehle der militärischen Führung vorangehen müsse. Ein Hauptfach des politischen Unterrichts ist dann weiter die Lehre von der politischen Propaganda, deren technische Handhabung in allen Spielarten gelehrt wird.

Im großen und ganzen ist das Vorbild der Trübschicksaligen Kriegsschulen in Russland bei der Organisation der Anstalt von Whampoa nicht zu verkennen. Die parteikommunistischen Prinzipien spielen jedoch in ihrem Unterricht keine Rolle mehr, jedoch nicht nur die Kanton-Regierung mit allen Mitteln den Ausbau von Whampoa erstrebt, sondern selbst die gutsituierten Auslandschiffe der Chinesen, besonders im Inselarchipel, ihre Söhne zur Ausbildung nach Whampoa zu schicken beginnen. Die zentrale Bedeutung Whampoa für die weitere Entwicklung des chinesischen Problems wird dadurch nur unterstrichen!

Der Meteor-Krater.

In Südwest-Amerika, im Staate Arizona, in der Nähe der Stadt Winslow, befindet sich ein riesiger Krater, „der interessanteste Fleck auf der Oberfläche unseres Planeten“, wie ihn der berühmte Gelehrte Arhenius nannte. In der Tat ist dieses gewaltige Loch von 500 Fuß Tiefe und über 4000 Fuß Durchmesser ein Naturwunder allerersten Ranges. Die gewöhnliche vulkanische Entstehungsweise trifft auf diesen Krater schwerlich zu, weil sich keine Spur von Lava in der Nähe findet. Auch die Vermutung, daß er durch eine ungeheure Explosion heißer Dämpfe oder Gase in den darunter liegenden Erdschichten entstanden sei, kann kaum stimmen, denn Bohrungen bis zu 900 Fuß unter den Boden des Kraters haben ein völlig unverletztes Lager von rotem Sandstein ergeben, während die darüber liegenden Schichten total zerklüftet sind. Ueberdies wäre auch die stärkste Explosion nicht imstande, den Sandstein in solchen Mengen zu Staub zu zermahlen. Im Krater selbst und ringsumher liegen nämlich kolossale Mengen „Gesteinstaub“, d. i. feinsten Sandsteinpulver; stellenweise sind diese Staubmassen 10 Fuß dick!

Nach weniger kann durch die vulkanische oder die Gastheorie erklärt werden, daß die sonst magerechten Gesteinschichten so aufgewühlt sind, daß sie an zwei Stellen fast senkrecht stehen, und zwischen diesen beiden Stellen am südlichen Wall des Kraters sich ein Bogen von mehr als 2400 Fuß Länge wölbt. Dagegen gibt die Hypothese, die auch der amerikanische Ingenieur Winchell vertritt, nachdem er sich eingehend mit dem Studium des „Franklin Loch“, wie der Meteorkrater ursprünglich genannt wurde, jüngst beschäftigt hat, die plausibelste Erklärung. Danach ist ein mächtiges Meteor oder gar ein in die Anziehungssphäre der Erde geratener Komet vor Jahrtausenden oder Jahrzehntausenden an jener Stelle niedergegangen. Diese Ansicht erklärt auch das Vorkommen der zahllosen Meteore im Krater und dessen Umgebung; es sind dort mehr metallische Meteore gefunden worden als auf der ganzen Erde zusammen, und zwar im Gewicht von etlichen Tönen bis zu achtzehn Zentnern. Ferner spricht für die Annahme des meteorischen Ursprungs die Tatsache, daß bei einem Bohrversuche an der Südseite des Kraters 35 Fuß meteorisches Material durchdrungen wurden, während sich in 1376 Fuß Tiefe der Bohrer festsetzte, also wohl auf den Hauptkörper des Meteors oder den Kern des Kometen stieß.

Die meteorische Masse beträgt nach Professor Elihu Thomson Berechnung fünf Millionen Tonnen, sie besteht größtenteils aus Eisen, enthält aber auch 8 Proz. Nickel und für zirka 95 Dollar Platin und Iridium pro Tonne; es ist also den Amerikanern ein recht ansehnliches Wertobjekt aus dem Weltall im wahren Sinne des Wortes zugeflogen.

Es mag im ersten Moment etwas unglaubhaft erscheinen, daß ein auffallender Himmelskörper so ungeheure Wirkungen hervorbringe, daß er 150 Millionen Tonnen und mehr hartes Gestein in Staub und Schutt verwanzelt, wovon sich um den tiefen und umfangreichen Trichter ein Wall von 130 Fuß Höhe bilden konnte. Bedenkt man indessen, daß sich die Erde mit einer Durchschnittsgeschwindigkeit von vier deutschen Meilen die Sekunde um die Sonne bewegt, und daß jener auswärtige Gast mindestens dasselbe Tempo annehmen mußte — wenn er der Richtung der Erdbahn entgegenflog, wäre sogar noch die Eigengeschwindigkeit hinzugekommen — so wird man sich, auch unter Berücksichtigung der durch den Luftwiderstand bedingten Verminderung der Schnelligkeit, doch eine annähernde Vorstellung von dem furchtbaren Anprall machen können, und die gewaltige Wirkung, die ein fester Körper von Millionen Tonnen Gewicht an der Erdoberfläche verursachen mußte, begreiflich finden.

Dr. R. E.

Erdbeben-Statistik. Erdbeben werden in diesem Katastrophenjahr besonders zahlreich gemeldet. Dabei sei daran erinnert, daß die 325 Erdbebenwarten, die sich über den Erdball verteilen, in jedem Jahr durchschnittlich 30 000 Beben verzeichnen; von diesen sind aber nur etwa 30 zerstörend, und zwar in den verschiedenen Graden, von denen, die nur Risse in den Wänden hervorbringen, bis zu denen, die ganze Städte begraben. Man hat vom 5. Jahrhundert bis zum Jahr 1888 222 schwere Erdbeben gezählt; von 1600 bis 1900 betrug die Zahl 108, also etwa eins alle drei Jahre. Unter den furchtbarsten Erdbebenkatastrophen, von denen wir wissen, sei die des Jahres 526 n. Chr. erwähnt, die das Küstengebiet des Mittelmeeres heimsuchte und 200 000 Menschen den Tod brachte. Im Jahre 1820 gingen 200 000 Menschen bei einem Erdbeben in China zugrunde; im Jahre 1893 fielen 155 000 Menschen Erdbeben in Indien zum Opfer. Die Stadt San Francisco wurde zweimal fast völlig zerstört, 1868 und 1906; die Stadt Lima innerhalb von 400 Jahren zehnmal. Das Erdbeben von Messina 1908 tötete etwa 100 000 Menschen das Leben. In Japan hat man in der Zeit von 1902 bis 1907 jährlich durchschnittlich 1600 Beben verzeichnet. Im Jahre 1703 wuchs die Zahl der Opfer durch Erdbeben in Japan auf 200 000, 1854 betrug sie über 100 000. Im allgemeinen zeigt die Statistik, daß das Wort des Plinius zu Recht besteht: „Da, wo die Erde gebebt hat, wird sie wieder leben.“

